

LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN

2021-2	InformationsBrief	Seite
Editorial	<i>Pfarrer Dieter Kuller</i>	2
Ist Gott noch gegenwärtig?	<i>Pfarrer Dieter Kuller</i>	2
Jesus Christus – Herr in allen Bereichen	<i>Pfarrer Christian Schwark</i>	4
Was heißt evangelikal?	<i>Bischof Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher</i>	6
Nutzlose Kirchen?	<i>Pfarrer Gerrit Hohage</i>	9
Gottesdienst zu Ehren von Rosa Luxemburg	<i>Pastor Ulrich Riß</i>	11
Entdeckungen in der Bibel: Begrenzte Loyalität	<i>Pastor Klaus Jürgen Diehl</i>	12
Alternativen zum (assistierten) Selbstmord	<i>Bolko v. Bonin</i>	13
Nachrichten		15
Bibel und Bekenntnis		15
Bibeltreue Christen sollen der Kirche nicht den Rücken kehren		15
Konferenz des Instituts für Glaube und Wissenschaft		15
Kirche		16
Assistierter Suizid in kirchlichen Häusern?		16
Ein Zivilisationsbruch		17
Selbsttötung entspricht nicht dem christlichen Menschenbild		17
Niederlande: Immer mehr Menschen sterben auf eigenen Wunsch		18
EKD: Aufarbeitung von Missbrauch gebremst		18
Ökumene		19
Einheit unter Christen fehlt + Abendmahl: Kardinal Koch weist Vorstoß zurück		19
Taizé-Prior mahnt Kirchen zur Einheit und Erneuerung		20
Ehe und Familie		21
Fall Kentler: Zwei Opfer sexualisierter Gewalt werden entschädigt		21
Keine besonderen Kinderrechte im GG, die das Elternrecht aushebeln.		21
Christliche Kitas gründen?		22
Kampf für ungeborene Kinder		22
EKBO: Eine Kirche auf Abwegen		22
Freikirchliche Gemeinde engagiert sich gegen Abtreibung		24
2020 wurden 99.948 ungeborene Kinder abgetrieben		24
Gender-Ideologie		24
Transsexuellengesetz der Bundesregierung ist gestoppt!		24
Warum gendert IDEA nicht? + Zwei-Drittel-Mehrheit lehnt Gendersprache ab		25
Frankreich: Bildungsminister verbietet Gendern an Schulen		26
Integration von Muslimen: Was den politischen Islam so gefährlich macht		26
Literaturhinweis		27
In eigener Sache, Impressum		28

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,
 die Pandemie beherrscht immer noch unser Denken und Handeln. Immerhin gibt es inzwischen wieder Gottesdienste mit persönlicher Anwesenheit. Die dritte Welle der Pandemie scheint gebrochen, Urlaubsreisen sind wieder möglich, Restaurants und Hotels dürfen öffnen und die Impfungen werden hoffentlich dazu beitragen, dass uns eine vierte Welle erspart bleibt. Wird das Leben im Herbst wieder einigermaßen ‚normal‘ sein? Ich denke an den Monatspruch für den kommenden Oktober: *„Lasst uns aufeinander achthaben und einander anspornen zur Liebe und zu guten Werken“* (Hebr 10, 24). Das wäre eine gute Folge der Pandemie, wenn wir danach etwas mehr aufeinander achthaben, auf die Senioren ebenso wie auf die Kinder, beide Gruppen haben unter dem Lockdown besonders gelitten. Im Gedenken an die vielen Opfer der Pandemie bleibt die Frage: Wo war Gott? Mein Beitrag möchte eine biblische Antwort auf diese Frage geben, die ja nicht nur im Zusammenhang mit der Pandemie aufbricht, sondern viele Menschen schon vorher umgetrieben hat.

Nach wie vor beschäftigt uns die aktuelle politische und gesellschaftliche Debatte über den assistierten Suizid. Sie finden dazu wie schon im letzten Infobrief wieder einige Beiträge aus christlicher Perspektive, dazu Meldungen positiver und negativer Art, die uns als Christen bewegen. Über den berechtigten Anstrengungen zum Klimaschutz durch die Verringerung der Treibhausgasemissionen und den Ausbau der erneuerbaren Energien steht die Zusage Gottes: *„Solange die Erde steht, soll nicht aufhören Saat und Ernte, Frost und Hitze, Sommer und Winter, Tag und Nacht“* (1. Mose 9 22). Einen in diesem Sinn erholsamen und fruchtbaren Sommer unter Gottes Segen wünscht Ihnen

Ihr Pfarrer Dieter Kuller

Ist Gott noch gegenwärtig?

„Gott ist gegenwärtig, Gott ist in der Mitte“ so hat Gerhard Tersteegen in seinem bekannten Lied gedichtet (EG 165). Viele haben an diesem Bekenntnis Zweifel. Weltweit ist eine gewisse Nervosität und Zukunftsangst spürbar. Klimawandel und die Folgen der Pandemie hinterlassen Spuren. Für Christen kommt noch etwas dazu: noch nie haben so viele Menschen der Kirche den Rücken gekehrt. Und zu allem Überfluss wird dabei nicht nur die Bibel als Grundlage unseres christlichen Glaubens, sondern sogar Gott in Frage gestellt.

Fragen an Gottes Allmacht und Person

„Ich glaube an Gott den Vater, den Allmächtigen, den Schöpfer des Himmels und der Erde“, so bekennen wir unseren Glauben. Seit dem 2. Jahrhundert wurde dieses Bekenntnis zunächst bei der Taufe und bald auch in den Gottesdiensten gesprochen. Heute, nach 1800 Jahren, kommen zur Allmacht Gottes Fragen auf, z. B. warum lässt Gott so viel Leid zu, wenn er als der Allmächtige doch die Möglichkeit hätte es zu verhindern? Wir müssen Abschied nehmen vom allmächtigen Gott, so wird uns nicht nur von Atheisten, sondern auch von Theologen versichert. Die Rede von der Allmacht Gottes könne theologisch und pastoral nicht länger verantwortet werden. „Die Behauptung, dass Gott einige Menschen vor Unglück bewahrt, anderen jedoch Leid widerfährt, und dass dies sowohl mit Gottes Liebe als auch mit seiner Allmacht und Gerechtigkeit vereinbar ist ... dieses Bündel von Behauptungen ist weniger überzeugend als die schlichte Grundannahme des säkularen Menschen: dass es einen solchen Gott nicht gibt“ (Deutsches Pfarrerblatt, Heft 5/2019, S. 256). D. h. mit

anderen Worten, Gott hat sich so zu verhalten, dass sein Tun und Lassen für uns einsichtig und nachvollziehbar ist. Da er das aber offensichtlich nicht tut muss er sich von den Zweiflern fragen lassen, wie weit seine Allmacht noch reicht.

In diesem Zusammenhang ergibt sich eine weitere Frage: Kann man an Gott als Person glauben, passt das noch in unsere Zeit? Ist das nicht viel zu menschlich von Gott gedacht? Nimmt er uns überhaupt wahr und kümmert er sich um das, was auf unserem Erdball, einem Staubkorn im Universum geschieht?

Die Antwort der Bibel

Es gibt eine Antwort, die Gottes Allmacht auf der einen und seine Menschenliebe auf der anderen Seite bezeugt. Die Antwort ist eine Person: Jesus Christus. Mit und durch Jesus Christus wird Gott für uns erfahrbar. Gott wird gegenwärtig. Dabei bewahrt uns Jesus davor, uns ein Gottesbild nach unserem Verständnis zurechtzudenken. Er sagt uns, was Gott von uns denkt und wie wir ihm begegnen können. Das Erste und Wichtigste: *„So hat Gott die Welt geliebt, dass er seinen eingeborenen Sohn gab, damit alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, sondern das ewige Leben haben“* (Joh 3,16). Das ist Gottes Zusage, seine Grundeinstellung zu uns Menschen, die Jesus durch sein Reden und Handeln und schließlich durch sein Leiden und Sterben bestätigt hat. Er zeigt uns, dass Gott nicht der ferne Weltenherrscher ist, der uns weder kennt noch zu uns redet, sondern Gott ist uns nah, er ist unser Vater. *„Wenn du aber betest“*, sagt Jesus in der Bergpredigt, *„so geh‘ in dein Kämmerlein und schließ‘ die Tür zu und bete zu deinem Vater, der im Verborgenen ist; und dein Vater, der in das Verborgene sieht, wird dir’s vergelten“* (Mt 6,6ff). Für den Fall, dass wir nicht wissen, was und wie wir beten sollen, lehrt Jesus uns das Vaterunser. *„Unser Vater im Himmel!“* so dürfen und sollen wir Gott anreden (Mt 6,9).

In mehreren Gleichnissen erzählt Jesus von Gott, der auf uns wartet, z. B. im Gleichnis vom verlorenen Sohn (Lk 15,11-32). Gott ist der Vater, der den reumütig heimkehrenden Sohn, der sein Erbe verprasst hat, nicht ablehnt oder verurteilt, sondern liebevoll aufnimmt. In einem anderen Gleichnis vergleicht Jesus Gott mit einem Hirten, der dem verlorenen Schaf nachgeht, bis er es findet (Lk 15,3-7). Ganz ähnlich im Gleichnis vom verlorenen Groschen (Lk 15,8-10). Diese drei Gleichnisse verbindet die Freude über das Finden des Verlorenen. Wie der Vater sich freut über den heimgekehrten Sohn, der Hirte über das heimgeholte Schäflein und die arme Frau über den wiedergefundenen Groschen, so freut sich Gott über den Menschen, der zu ihm zurückfindet. So nahe ist uns Gott, sagt Jesus mit diesen Gleichnissen. Gott wartet auf den verlorenen Sohn, dass er sich besinnt und wieder heimkommt, er sorgt sich um die, die verlorengegangen sind, die sich von ihm abgewandt haben, er wartet auf die Beter, die ihm danken und auf die, die ihre Nöte und Sorgen vor ihm ausbreiten.

Zeit für Gott

Gott nimmt sich Zeit für uns und erwartet, dass wir Zeit für ihn haben. Von Jesus berichten die Evangelisten, dass er oft gebetet hat. Manchmal ging er abends allein auf einen Berg und es konnte geschehen, dass er dort die ganze Nacht blieb im Gebet zu Gott (Lk 6,12). Gott hatte Zeit für ihn und Jesus nahm sich Zeit für Gott. Wir müssen nicht auf einen Berg steigen, um zu beten, es muss auch nicht ein ‚Kämmerlein‘ sein. Es genügt eine ‚einsame Stätte‘ für das persönliche Gebet (Mk 1,35). Gott ist gegenwärtig, Gott ist in der Mitte – das gilt ganz bestimmt, wenn gebetet wird.

Es gibt in der Bibel ein ganzes Buch voller Beispiele, wie der Mensch in Freude und Leid zu Gott reden kann: Das Buch der Psalmen. Martin Luther schreibt in seiner

Vorrede zum Psalter: „Wo findet man feinere Worte der Freude als in den Lob- und Dankpsalmen (z. B. Ps. 23, Ps. 27, Ps. 86, Ps. 103, Ps. 116)? Da siehst du allen Heiligen ins Herz, wie in schöne, reizende Gärten, ja wie in den Himmel. ... Umgekehrt, wo findest du tiefere Worte voll Klage, Jammer und Traurigkeit als in den Klagepsalmen (z. B. Ps. 6, Ps. 13, Ps. 22, Ps. 51, Ps. 77)? Da siehst du wieder allen Heiligen ins Herz. ... Und, wie gesagt, ist das das Allerbeste, dass sie solche Worte zu Gott und mit Gott reden.“ Viele Psalmen sind sehr persönlich formuliert, manchmal auch anklagend wie z. B. Psalm 77,10: „*Hat Gott vergessen gnädig zu sein?*“ oder fordernd wie z. B. Psalm 51,14: „*Erfreue mich wieder mit deiner Hilfe.*“ Das erinnert an das Gleichnis Jesu vom bittenden Freund (Lk 11,5-8), der um Mitternacht Besuch bekommt und zu seinem Nachbarn geht und ihn um drei Brote bittet. Aber der Nachbar will keine Unruhe, die Kinder und er liegen schon zu Bett, er will nicht aufstehen und etwas von dem Brot geben. Jesus schließt das Gleichnis ab mit den Worten: „*Ich sage euch: Und wenn er schon nicht aufsteht und ihm etwas gibt, weil er sein Freund ist, dann wird er doch wegen seines unverschämten Drängens aufstehen und ihm geben, so viel er bedarf.*“

Ein Werk des Glaubens

Ob mit eigenen Worten oder mit den Worten eines Psalms – es ist uns nicht nur erlaubt, sondern geboten so zu Gott und mit Gott zu reden, wie ein Kind mit dem Vater redet – und Kinder können gelegentlich ja sehr drängend werden. „*Ihr habt einen Geist der Kindschaft empfangen*“ schreibt Paulus an die Gemeinde in Rom, „*durch den wir rufen: Abba, lieber Vater!*“ (Rö 8,15). Abba ist ein aramäisches Wort aus der Umgangssprache, mit dem kleine Kinder ihren Vater anreden. Jesus hat in Gethsemane seinen himmlischen Vater mit Abba angeredet und damit seine enge Beziehung zu Gott ausgedrückt (Mk 14,36). Das Gebet schafft eine persönliche Verbindung und Nähe zu Gott, das Gebet des Einzelnen wie das der zum Gottesdienst versammelten Gemeinde. „Beten ist allein des Glaubens Werk, das niemand als ein Christ tun kann“ sagt Martin Luther in einer seiner Predigten (WA 45, 681) und in der genannten Vorrede zum Psalter heißt es: „Beten muß allerdings im Glauben geschehen.“ Das ist die einzige Voraussetzung. Der Beter/die Beterin braucht kein Internet und kein WLAN, keine App und auch kein Handy. Die Leitung zu Gott ist immer frei.

D. K.

Jesus Christus – Herr in allen Bereichen *Pfarrer Christian Schwark*

(IDEA) Die Theologische Erklärung der Bekenntnissynode in Barmen vom 31.5.1934 ist die zentrale theologische Äußerung der Bekennenden Kirche unter der nationalsozialistischen Diktatur. In sechs Thesen richtete sie sich gegen die falsche Theologie und das Kirchenregime der sogenannten Deutschen Christen, die damit begonnen hatten, die evangelische Kirche gleichzuschalten. Ihre Thesen sind noch heute aktuell: Die zweite These der Barmer Erklärung heißt: „Wie Jesus Christus Gottes Zuspruch der Vergebung aller unserer Sünden ist, so und mit gleichem Ernst ist er auch Gottes kräftiger Anspruch auf unser ganzes Leben; durch ihn widerfährt uns frohe Befreiung aus den gottlosen Bindungen dieser Welt zu freiem, dankbarem Dienst an seinen Geschöpfen. Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürfen.“ Als Bibelvers dazu steht: „Jesus Christus ist uns gemacht von Gott zur Weisheit und zur Gerechtigkeit und zur Heiligung und zur Erlösung“ (1.Kor 1,30).

Das Zentrum der christlichen Verkündigung

Worum geht es hier? Zuerst wird betont, dass Jesus der Zuspruch für die Vergebung der Sünden ist. Das haben die meisten von uns schon oft gehört. Wir können ihm alle unsere Schuld bekennen und uns ihm anvertrauen. Dann sagt er uns zu: „Ich vergebe dir. Deine Schuld muss dich nicht mehr belasten.“ Es kann sehr befreiend sein, das zu hören. Und wir brauchen diesen Zuspruch immer wieder. Manchmal sagen Christen: „Das kenne ich schon. Ich will lieber etwas anderes hören.“ Da frage ich zurück: „Bist du schon darüber hinaus? Hast du den Zuspruch der Vergebung nicht mehr nötig?“ Ich kann für mich nur sagen: Mir tut es gut, immer wieder zu hören, dass Jesus für meine Sünden gestorben ist. Deswegen ist es das Zentrum der christlichen Verkündigung (vgl. 1.Kor 2,2).

Nicht nur Zuspruch, auch Anspruch

Leider bleiben manche bei der Vergebung stehen. Und denken mehr oder weniger bewusst: Gut, jetzt ist mir vergeben, dann kann ich ja weitermachen wie bisher. Die zweite Barmer These betont: Jesus ist nicht nur Zuspruch, sondern auch Anspruch. Er will, dass ich ihm und den Menschen diene. Dass ich nach seinen Geboten lebe. Er will, dass ich mich von ihm verändern lasse. Das heißt: Vergebung ist keine Endstation. Sondern sie soll uns frei machen dazu, unser Leben so zu führen, wie es Gott gefällt. Die Bibel nennt das Heiligung. So wie es auch in 1.Kor 1,30 heißt: „Jesus Christus ist uns gemacht ... zur Heiligung“.

Theoretisch wird das wohl keiner bestreiten. Aber die Frage ist: Leben wir auch danach? Ich habe den Eindruck, gerade in frommen Kreisen ist das nicht so einfach. Früher gab es da viel Gesetzlichkeit. Da hatte man manchmal den Eindruck, Christsein heißt: Da darfst du dieses nicht und du darfst jenes nicht. Und vieles davon steht gar nicht in der Bibel. Im Siegerland, wo ich wohne, hieß es z. B.: Als Jugendlicher musst du dich entscheiden: CVJM oder Fußball. Beides zusammen geht nicht. In meiner Bibel steht das nicht. Da ist es gut, dass wir heute freier sind. Aber oft ist es so, dass der Mensch dazu neigt, von einem Extrem ins andere zu kippen. Heute sagen manche: „Als Christ muss ich mir doch nicht vorschreiben lassen, wie ich zu leben habe.“ Und dann unterscheidet sich unser Leben als Christ kaum noch von dem, was andere machen. Natürlich geht es nicht darum, dass mir Menschen irgendetwas vorschreiben. Aber es bleibt die Herausforderung zu fragen: Was ist Gottes Wille in dieser Situation? Was entspricht seinen Geboten? Um das richtig zu verstehen, brauchen wir Weisheit. Die finden wir auch bei Jesus, wie wir in 1.Kor 1,30 lesen. Wir können also im Gebet fragen: Jesus, was soll ich jetzt machen? Was gefällt dir? Ich bin sicher, dann verändert sich unser Leben.

Geld, Macht und Sex

Es gibt noch eine andere Gefahr: nämlich die, dass wir zwar sagen: Ja, ich will als Christ leben. Aber manche Bereiche unseres Lebens fein säuberlich aussparen. Dass wir z. B. darauf achten, in der Familie und im Privatleben ein freundlicher und hilfsbereiter Mensch zu sein. Aber ganz anders bei der Arbeit. Da sind wir rücksichtslos und machen andere schlecht. Die Tendenz, sich in verschiedenen Lebensbereichen ganz anders zu verhalten, gab es bei den Nazis auch schon. Natürlich viel extremer. Aber im Prinzip das Gleiche. Von Adolf Hitler wurde berichtet, dass er außerordentlich nett sein konnte. Und Heinrich Himmler soll ein besonders liebevoller Vater gewesen sein. Da können wir verstehen, dass es in der zweiten These der Barmer Erklärung heißt: „Wir verwerfen die falsche Lehre, als gebe es Bereiche unseres Lebens, in denen wir

nicht Jesus Christus, sondern anderen Herren zu eigen wären, Bereiche, in denen wir nicht der Rechtfertigung und Heiligung durch ihn bedürfen.“ Überlegen wir also: Ist Jesus in unserem ganzen Leben der Herr? Oder sagen wir irgendwo: Hier soll er mir nicht reinreden. Ich nenne die drei häufigsten Stolpersteine für Christen: Geld, Macht und Sex. Fragen wir also ganz konkret: Wie gehe ich mit der Macht, oder freundlicher ausgedrückt, mit der Verantwortung um, die ich habe? Missbrauche ich sie, um andere kleinzumachen? Und welche Bedeutung hat für mich das Geld? Oder der Besitz, das Haus, das Auto, der Garten? Bin ich bereit zu teilen? Und schließlich: Kann Jesus auch über mein Sexualleben bestimmen? Über meine Ehe?

Wir müssen genau hinschauen

„Stopp!“, sagt jetzt vielleicht jemand, „das geht doch nicht: Man kann doch nicht einfach überall nach der Bibel leben.“ Schon gar nicht in der Politik. Viele kennen den Satz: „Mit der Bergpredigt kann man keine Politik machen.“ Schon Reichskanzler Otto von Bismarck soll das gesagt haben. Und auch Bundeskanzler Helmut Schmidt hat das vertreten. Stimmt dieser Satz? Wir müssen genau hingucken. Einerseits ja. In der Bibel steht z. B. auch, dass der Staat Gewalt anwenden kann. Die Obrigkeit „trägt das Schwert nicht umsonst“, heißt es in Röm 13,4. Das Gebot, sich nicht gegen das Böse zu wehren, wie es in der Bergpredigt heißt, gilt also nicht für die Polizei. Sonst könnten wir die Polizei ganz abschaffen. Ich hatte mal ein Gespräch mit einem Polizisten. Der fragte mich: „Kann ich als Christ überhaupt Polizist sein?“ Und der sehr froh war, als ich ihm das so erklärte. Aber auf der anderen Seite heißt das nicht, die Politik kann machen, was sie will. Auch in der Politik gelten die Zehn Gebote. An denen sollten sich Politiker orientieren. Menschen in Konzentrationslager zu stecken und zu ermorden, ist natürlich auf keinen Fall mit der Bibel zu vereinbaren. Wir müssen immer wieder prüfen: Was steht genau in der Bibel? Und miteinander fragen: Wie sieht Gottes Wille an dieser Stelle aus? Nicht nur in der Politik, auch in der Wirtschaft zum Beispiel. Auch da kann ein Unternehmer nicht einfach alles verschenken. Dann würden seine Mitarbeiter arbeitslos. Das wäre auch nicht in Gottes Sinne. Aber ein christlicher Unternehmer kann anders mit seinen Mitarbeitern umgehen als ein nicht-christlicher. Ich habe ein Beispiel vor Augen, wo ein christlicher Unternehmer Jugendlichen eine Chance gegeben hat, die sonst auf der Straße gestanden hätten.

Jesus will alle Bereiche unseres Lebens

Wir merken, wie wichtig es ist, immer wieder zu fragen: Wie können wir Gottes Willen tun? Manchmal müssen wir es aushalten, dass es unter Christen verschiedene Meinungen gibt. Aber der Grundsatz ist klar: Jesus möchte uns nicht nur vergeben. Sondern er will, dass wir nach seinem Willen leben. In allen Bereichen unseres Lebens.

Was heißt evangelikal?

(Netzwerk Bibel und Bekenntnis) Bischof Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmacher wurde am 27. Februar in sein Amt als Generalsekretär der Weltweiten Evangelischen Allianz /World Evangelical Alliance (WEA) eingeführt. Bei der Online-Veranstaltung hielt er eine englisch gehaltene Antrittsrede zum Thema ‘Was heißt evangelikal?’, die Pfarrer Ulrich Parzany übersetzt hat:

Die WEA ist eine sehr vielfältige und unterschiedliche Bewegung. Als 1846 anglikanische Priester und Offiziere der Heilsarmee begannen zusammenzuarbeiten, hielten die Leute das für unmöglich. Deutsche lutherische Pastoren und Professoren luden Methodisten aus den USA ein, das Evangelium zu predigen. Das war unerhört.

Heute sind wir noch unterschiedlicher. Wir sind in konfessioneller Hinsicht und in ethnischen Fragen viel unterschiedlicher als damals, auch in Sprachen und Kulturen. Wir haben Gemeinden im brasilianischen Regenwald, wo sie zehn Meter hoch in den Bäumen ihre Gottesdienste halten. Und wir haben Gemeinden in Malaysia, deren Gemeinderäume sich im 20. Stockwerk eines Hochhauses befinden.

Was heißt dann evangelikal?

Ich kann Ihnen zunächst eines sagen: Evangelikale waren sich in politischen Fragen nie einig. Sie können das rund um den Globus sehen. Wir haben Länder, in denen wir Evangelikale im Parlament haben, auf der Regierungsseite und in der Opposition. Evangelikale haben in politischen Fragen weder gestern noch 1846 miteinander übereingestimmt. Darin liegt also nicht das Geheimnis der evangelikalen Bewegung.

Für mich beschreibt der Ausdruck evangelikal die Begeisterung für die DNA des Christentums, ja auch die Suche nach der DNA des Christentums. Und ich möchte ein bisschen über die Frage nachdenken, wie es sich zur DNA des Christentums verhält, wenn man sich evangelikal nennt.

Ich gebe Ihnen ein Beispiel. Wir glauben an die Auferstehung Jesu, wir glauben an Pfingsten, dass der Heilige Geist die Gläubigen, die Gemeindeglieder, erfüllte. Wenn nun jemand die Historizität in Frage stellt und sagt: Das ist nicht tatsächlich geschehen oder es muss nicht wirklich geschehen sein, dann stehen wir für die Historizität unseres Glaubens ein. Jesus bekam wirklich neues Leben von seinem Vater. Der Heilige Geist fiel tatsächlich auf die Gläubigen. Manche würden dann sagen: Das ist evangelikal. Aber wir sagen nicht, dass das im konfessionellen Sinne etwas Spezielles ist, sondern wir glauben es, weil wir es für die DNA des Christentums halten. Wir verdanken alles dem, was Jesus getan hat und was der Heilige Geist tut.

Wenn es um die Bibel geht, sind wir tief überzeugt, dass die Bibel die Verfassung der Kirche ist. Sie mögen fragen: Warum gebrauchst du einen politischen Ausdruck? Nun, schauen Sie in die Geschichte! Der Gedanke, dass ein papierenes Dokument die Leute regieren soll, kommt aus dem Alten Testament. Die Thora des Alten Testaments stand über David, stand über dem König, stand über allen. Manche Leute verspotteten uns und sagen, wir hätten einen papierenen Papst. Wir sind stolz, einen papierenen Papst zu haben! Denn der papierene Papst stellt sicher, dass keiner von uns, mich eingeschlossen, über dem Wort Gottes steht. Wir alle unterstellen uns dem Wort Gottes. Niemand ist darüber. Nein, da ist einer darüber, es ist Jesus, der das Zentrum der Heiligen Schrift ist, und der Heilige Geist, der der Autor der Heiligen Schrift ist – zumindest nach unserem Glauben.

Darum denken wir, dass eine Bewegung wie die Unsere die starke Betonung der Heiligen Schrift durch die Reformation vor 500 Jahren mit vielen Erweckungsbewegungen einschließlich unserer pfingstlichen und charismatischen Freunde zusammenbringen kann, die betonen, dass allein der Heilige Geist uns und die Welt verändern kann.

Lassen Sie mich aus einem sehr calvinistischen Dokument von 1647 zitieren. Im Westminster Bekenntnis, in England verfasst, heißt es: „Das höchste Gericht, durch das alle Kontroversen der Religion entschieden werden müssen, und auch alle Entscheidungen von Konzilen, alle Meinungen der alten Kirchenväter, alle Lehren von Menschen und persönliche Meinungen geprüft werden müssen und durch dessen Urteil wir Ruhe finden, kann kein anderer sein als“ – wir würden jetzt wohl erwarten: die Heilige Schrift. Nein es heißt 1647 – „der Heilige Geist, der in der Schrift spricht.“

Wir glauben, dass der Heilige Geist seine Kirche regiert. Aber wir glauben nicht, dass das im Gegensatz zur Heiligen Schrift steht, denn der Heilige Geist ist der Autor der Heiligen Schrift und er gebraucht seine „Verfassung“, die Heilige Schrift, um die Kirche zu regieren. Das ist die DNA des Christentums und es ist evangelikal. Wenn allerdings andere das in Frage stellen, dann mag es als etwas Besonderes erscheinen, dass wir Evangelikalen vertreten. Wir aber glauben, dass es christlich ist.

Dafür zwei Beispiele. Das eine ist das Dokument „Christliches Zeugnis in einer multi-religiösen Welt“ (es wurde im Sommer 2011 gemeinsam vom Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK), der Weltweiten Evangelische Allianz (WEA) und dem Päpstlichen Rat für Interreligiösen Dialog des Vatikan (PCID) verabschiedet)

Evangelikale haben schon immer dafür eingestanden, dass jeder Christ bezeugen soll, dass Jesus für uns am Kreuz gestorben ist und dass wir nur in ihm Gemeinschaft mit Gott und ewiges Leben finden. Aber jetzt startet das Dokument von 2011 mit dem Satz „Mission ist das Wesen der Kirche.“ Es spricht davon, dass jeder Gläubige verpflichtet ist, das Evangelium weiterzusagen. Ist das nun evangelikal oder christlich? Es ist christlich, insofern offensichtlich alle Kirchen zustimmen, dass Mission das Wesen der Kirche ist. Das hat Jesus Christus uns aufgetragen. Wenn allerdings nicht alle dem fröhlich zustimmen und es auch praktizieren, wird es als etwas speziell Evangelikales angesehen. Wir müssen selbst auch vorsichtig sein zu behaupten, dass wir entsprechend leben. Mission ist auch bei uns nicht immer das Wesen unserer örtlichen Gemeinden. Oft müssen wir als evangelikale Gemeinden erinnert werden, dass wir das Zeugnis des Evangeliums ins Zentrum stellen müssen.

Das letzte Beispiel ist Religionsfreiheit und Verfolgung. 1846 war die Evangelische Allianz die allererste große Körperschaft, die sich für Religionsfreiheit ausgesprochen hat. Und das hieß, gegen Staatskirchen und gegen christlichen Nationalismus Stellung nehmen. Wir wissen, dass das sogar in unseren eigenen Reihen heute eine sehr heiße Kartoffel ist, sich gegen christlichen Nationalismus, sich gegen staatlichen Druck auf den Glauben der Bürger auszusprechen.

Nach einer langen Geschichte hat die katholische Kirche inzwischen im Zweiten Vatikanischen Konzil genau das Gleiche gesagt, dass Religionsfreiheit nicht nur ein politisches Prinzip ist, sondern die DNA des Christentums. Ist das evangelikal? Nun, wir haben uns lange, sehr lange dafür eingesetzt. Aber wir standen nicht dafür wie für ein konfessionelles Extra, sondern im Glauben, dass es Christentum pur ist. Gott selbst möchte geliebt werden. Er möchte, dass wir ihm vertrauen. Er möchte unser Leben. Er möchte nicht, dass wir aus Zwang zu ihm beten, weil uns jemand dafür bezahlt oder weil uns jemand betrogen hat. Er möchte unser Herz, unser Vertrauen und unsere Liebe. Und Liebe kann man nicht aufzwingen.

Ich bin tief überzeugt, dass die evangelikale Bewegung für Besonderheiten in der christlichen Welt entsteht. Aber es sind nicht Besonderheiten in dem Sinn, dass sie unser Eigentum sind und uns von anderen unterscheiden. Sie sind die DNA des christlichen Glaubens selbst. Und wenn wir um Einheit in der evangelikalen Bewegung ringen, wenn wir die Anglikaner, die Reformierten, die Pfingstler, die Heilsarmee und alle solche Gruppen in unserer Mitte zusammenbringen wollen, dann ist das nur um die DNA des Christentums herum möglich. Wir sind offen für jede andere Kirche außerhalb unserer Bewegung, die sich mit uns in diesen Punkten der christlichen DNA verbinden wollen. Wir hoffen, dass wir unsere Vision auf viele Kirchen in dieser Welt ausdehnen können.

Es ist mein Vorrecht, der WEA zu dienen. Ich weiß, wir alle sind Sünder, wir leben unter der einen Heiligen Schrift, die bestimmt, wenn wir in unserem Tun versagen. Ich bin tief überzeugt, dass nur die Gebete von Millionen und die Gebete von engen Freunden, die von mir wissen, was andere nicht wissen können, es möglich machen, eine Aufgabe zu übernehmen, die zu groß für einen Menschen ist.

Nutzlose Kirchen? *Pfarrer Gerrit Hohage*

(IDEA) Fast unisono betonen Bischöfe und Kirchenleiter in Deutschland, dass die Corona-Pandemie nicht als Strafe Gottes verstanden werden könne. Doch damit beraubt sich die Kirche einer ihrer ureigenen Aufgaben: dem Ruf zur Buße. Sind die Kirchen nutzlos geworden?“ So titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Januar in einem Artikel des früheren Leiters des Sozialwissenschaftlichen Institutes der EKD, Gerhard Wegner. Gleich zu Beginn der Pandemie, so kritisiert er, hätten die Bischöfe verlautbart, Gott habe mit Covid-19 nichts zu tun – und damit sich und die Kirchen aus allen Debatten zur Bewältigung der Krise selbst herausgeschossen. Alles, was die Kirchen jetzt anzubieten hätten, würde auch ohne sie irgendwie funktionieren. Übrig bleibt für Wegner eine rein selbstbezügliche Form von Religiosität um der Religiosität willen, die zwar nicht frei von gesellschaftlichen Wirkungen ist, aber keine gesellschaftlichen Funktionen mehr erfüllt.

Das Problem mit dem richtenden Gott

Mich hat der Artikel überaus nachdenklich gemacht. Johannes der Täufer verkündigt den kommenden Retter vor dem Hintergrund des richtenden Gottes (in Mt 3,1-12). Und es ist kein Geheimnis, dass die westlich geprägte Christenheit mit dem richtenden Gott ein ziemlich existenzielles Problem hat. Wir hören von ihm nicht gerne. Und die Erinnerung an seine missbräuchliche Verkündigung zum Zweck, Macht über Menschen zu erlangen, hält uns davon ab, ihn zu predigen. Wir wissen auch gar nicht mehr, wie, weil die Modelle dafür fehlen und weil wir die christlichen Wahrheiten über den richtenden Gott spätestens seit der „antiautoritären Erziehung“ aus unserer Theologie gestrichen haben. Und wir stehen jetzt vor einem ungeahnten Resultat dieser Amputation des christlichen Gottesverständnisses: unserer Nutzlosigkeit.

Nicht nett, aber echt

Wenn in früheren Zeiten im Mittelalter Seuchen ausbrachen, war es die Rolle der Kirchen, die Menschen zu Buße und Umkehr zu rufen. Diese ihnen zukommende Rolle haben die Bischöfe mit ihrer Einlassung, ausdrücklich verweigert. Wie sich inzwischen zeigt, ist das ganz offensichtlich dysfunktional, allem voran für uns als Kirche selber. Und zwar, weil es nicht biblisch ist. „... der ich das Licht mache und schaffe die Finsternis, der ich Frieden gebe und schaffe Unheil – Ich bin der Herr, der dies alles tut“ (Jes 45,7). Wir haben uns angewöhnt, solche Bibelstellen, die unser Bildnis vom „netten Gott“ durcheinanderwirbeln, entweder durch kritische Wissenschaftlichkeit oder durch einfache Ignoranz aus unserem persönlichen „Kanon im Kanon“ zu entfernen. Aber es war gerade das Ineinander von richtendem und rettendem Handeln Gottes am Kreuz, das die Stärke unserer christlichen Verkündigung über zwei Jahrtausende hinweg ausmachte. Wir haben es in der „Seuche“, wie man früher sagte, mit dem Gott Jeremias (vgl. 30,11) und Hiobs zu tun, mit Gott, der prüft, mitunter sogar straft wie im Babylonischen Exil des Volkes Israel. Martin Luther nannte ihn den „verborgenen Gott“, den „Deus absconditus“ – den Gott, den man nicht versteht, der hart ist und dessen Gerechtigkeit unserem Begriff zuwiderläuft.

Dieser Gott der Bibel sieht durch die Avatare unseres Selbstbildes hindurch in die Abgründe unseres Menschseins. Und es ist nach biblischem Verständnis genau dieser Gott, der sich in Jesus Christus offenbart, der uns rettet und mit sich versöhnt. Er ist nicht „nett“, sondern echt, und darum auch in echt gnädig und barmherzig: Er leidet selber Schmerzen und Tod dafür. Der Weg zu ihm führt über Umkehr – „Buße“ – und Glaube, so wie es Johannes der Täufer predigte. Die theologischen Verrenkungen der letzten Jahrzehnte, mit denen vor allem evangelische Theologen den richtenden Gott aus dem christlichen Gottesbild amputiert haben, haben zwar den Anstoß dieser Buße vermieden, dabei aber zugleich die Kirchen in die Nutzlosigkeit geführt. Die Coronapandemie bringt ans Licht, dass das Bild vom „netten Gott“ letztlich ein Götzenbild ist. Und dass die „zu nichts nütze“ sind, sagte schon der Prophet Jesaja (44,10).

Was läuft falsch zwischen Gott und Christenheit?

Nun sind wir als Kirche nicht einfach ein Teil der Gesellschaft (auch wenn die uns gerne so betrachtet), sondern zuallererst Leib Christi (1.Kor 12+14)! Wir sind von der Verlorenheit errettete Kinder Gottes, die berufen sind, das Reich Gottes zu erben. Als Menschen, die Jesus Christus nachfolgen, sind wir aus der Welt „herausgerufen“ – das heißt nämlich das Wort „Kirche“ („ek-klesia“) in der griechischen Ursprache des Neuen Testaments. Also sind wir mit Jesu Worten „in der Welt“, aber nicht „von der Welt“ (Joh 17,11.16). Aber das stellt uns vor das Problem, dass wir als Kirchen und Gemeinden von Gottes Handeln in sehr spezifischer Weise mitbetroffen sind. Die Pandemie hat zwei zentrale Kernkompetenzen unseres Kircheseins annähernd zum Erliegen gebracht, nämlich das gemeinsame Lob Gottes und das leibliche Zusammensein der Glieder des Leibes Christi, und zwar unabhängig von der theologischen Richtung. Wenn das Gottes Hand ist, die schwer auf uns liegt, dann haben wir allen Grund, besorgt zu sein. Warum hat Gott unser Lob zum Verstummen gebracht? Erinnert das nicht an Amos 5,25: „Tu weg von mir das Geplär deiner Lieder; denn ich mag dein Harfenspiel nicht hören“? Was läuft falsch zwischen Gott und seiner Christenheit, dass er uns so eindrücklich der Welt gleichstellt?

„Womit, Gott, haben wir uns das verdient?“

Alles strafende Handeln Gottes hat in der Bibel immer die Umkehr seines Volkes bzw. seiner Kirche zum Ziel. Aber wenn wir anderen die Verkündigung von Buße, Umkehr und Glaube verweigern, verweigern wir sie auch für uns selbst. Teile der Christenheit verstehen sich lieber als treue Helfer des Staates, um die Pandemie nach rein weltlichem Verständnis einzudämmen; andere verstehen sich als Kritiker im Namen der Freiheit, deren Lösung darin besteht, die Pandemie einfach abzuleugnen. Beide stimmen darin überein, kein Handeln Gottes erkennen zu wollen, das uns zur Buße leitet. Ich will die vielen guten Worte, in der Krise auf Gott zu vertrauen, keinesfalls in Abrede stellen, aber sie sind eben doch nicht mehr als eine geistliche Form der staatlichen Durchhalteparolen, wenn die andere Seite fehlt: das ehrliche, selbstkritische Fragen „Womit, Gott, haben wir uns das verdient? Warum willst du unser Lob nicht mehr hören? Sind wir denn nicht der Leib deines geliebten Sohnes?“

Waren wir als Leib Christi erkennbar?

Und indem ich das frage, wird mir umgehend klar, wie wenig wir, die Christenheit, genau das gewesen sind in den letzten Jahren. Die evangelische Kirche, die sich weit hin darin gefällt, bestimmte Teile der Gesellschaft zu doppeln, dabei alles dranzugeben, was sie glaubensmäßig von der „Welt“ unterscheidet, und sich in all dem hauptsächlich mit ihrer eigenen Relevanz zu beschäftigen. Die katholische Kirche, in der

über Jahrzehnte vertuschte massenhafte, schwere Sünde zum Anstoß („skandalon“ auf Griechisch) für die Welt geworden ist. Die evangelikale Christenheit, die sich in letzter Zeit vor allem damit einen Namen gemacht hat, mit Donald Trump einen Sünder als Fast-Messias zu verklären oder dem Weg der evangelischen Kirchen zu folgen. Das alles natürlich in massenhaftem Streit und mit Social-Media-Postings von Christen, in denen sich alles Mögliche manifestierte, aber sicher nicht die Stimme Jesu. Sicher ist das jetzt furchtbar pauschal und bar jeder Differenzierung. Aber das Bild, das wir im Großen und Ganzen nach außen hin abgegeben haben, ist, fürchte ich, ziemlich genau so. Mal ehrlich: Waren wir, die Christenheit, in der letzten Dekade tatsächlich als Leib Christi erkennbar? Hat die „Welt“ in uns und durch uns wirklich das Angesicht Jesu Christi erkennen können? Hat Gott nicht völlig recht, wenn er von uns derzeit nicht gelobt werden will?

Wir sind es der „Welt“ schuldig

Das komplette Fehlen des Bußrufes ist ein christliches Charakteristikum dieser Pandemie geworden – konfessions- und richtungsübergreifend. Wenn ich Offenbarung 9,20 lese, ist das überhaupt kein gutes Zeichen. Wir verweigern damit, Salz der Erde zu sein. Und Jesus hat uns gesagt, was mit dem Salz geschieht, das nicht mehr salzt. Es wird weggeworfen (Mat 5,13). Der FAZ-Artikel hat die Anzeichen dafür sehr klar benannt. Es ist Zeit, vom hohen Ross unserer Standpunkte herabzusteigen und uns im Licht von Gottes Wahrheit völlig und restlos zu prüfen und nichts, was wir denken, wollen und sind, dabei auszunehmen. Wir sind es der „Welt“, unserer Gesellschaft, in der wir leben, schuldig, damit selber anzufangen und sie damit in die Lage zu versetzen, auf ihre Weise dieselbe Frage zu stellen. Als Umkehrende – und nur so – werden wir wieder als das sichtbar werden, was wir sind und wie es unserer Berufung entspricht: Leib Christi, Salz der Erde.

Gottesdienst zu Ehren von Rosa Luxemburg Pastor Ulrich Rüß (IKBG/ICN)

Anlässlich des 150. Geburtstags von Rosa Luxemburg fand am 7.3. ihr zu Ehren ein Gottesdienst in der Auferstehungskirche in Hamburg-Lurup statt. In dem Einladungsschreiben heißt es: „Aus dem tiefen Schatz ihrer unbestechlich klaren Gedanken und ihres Engagements für eine menschliche Welt schöpfen wir in diesem Gottesdienst.“

Hier wird offensichtlich die Gemeinde für dumm verkauft. Es dürfte bekannt sein, dass Rosa Luxemburg die Revolution in Moskau unter Lenin begrüßt, den Spartakusbund gründete, Mitbegründerin der Deutschen Kommunistischen Partei ist, Gewalt (Revolution) befürwortet, solange sie dem Proletariat nützt und schlichtweg für Linksextremismus steht. Sie vertrat mit Ihrem Kommunismus-Sozialismus eine Ideologie, unter der Millionen von Christen extrem zu leiden hatten. Die DDR-Diktatur verehrte Rosa Luxemburg in jährlichem Gedenken an ihrem Todestag

Für welchen Christen kann diese Frau, die den christlichen Glauben bekämpfte, Vorbild sein im Geist einer menschlichen Welt?

Mit dem Gottesdienst zu ihren Ehren werden Gott und Gottesdienst missbraucht und Christen beleidigt, ein gottloser Gottesdienst. Mit Jesus Christus, dem Gekreuzigten und Auferstandenen hat das nichts zu tun.

Weil es im Gottesdienst primär um die Ehre Gottes geht, muss dieser Gottesdienst zu Ehren einer Frau, die eine gottlose Ideologie vertritt, geradezu gotteslästerlich wirken. Die am Ende des Gottesdienstes dargebrachte „*Internationale*“ spricht Bände. Im Text heißt es bezeichnenderweise u.a.: „ *Es rettet uns kein höh'eres Wesen, kein Gott, kein Kaiser noch Tribun. Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun.* “

Unglaublich, was der Pastor Martin Götz Schuirmann seiner Gemeinde zumutet. Wer bewahrt die Gläubigen vor dieser Art von Missbrauch von Gott und Gottesdienst? Wen wundert es, wenn bei dieser Art linksextremer Politisierung Menschen in Scharen die Kirche verlassen? Die Kirchliche Sammlung um Bibel und Bekenntnis fordert die Kirchenleitung der Nordkirche auf, sich von dieser Art Gottesdienst und Theologie deutlich zu distanzieren. Es ist schon genug Schaden durch die Politisierung der Kirche entstanden.

Überraschende Entdeckungen im Buch der Bücher: Begrenzte Loyalität

Wie sollten es Christen mit der staatlichen Autorität halten? (gekürzt)

(IDEA) Pastor Klaus Jürgen Diehl findet, die Loyalität zum Staat ist begrenzt. Wenn es um die Haltung der Christen gegenüber der staatlichen Macht geht, wird häufig zuerst ein Wort des Apostels Paulus aus dem Römerbrief zitiert: „Jedermann sei untertan der Obrigkeit, die Gewalt über ihn hat. Denn es ist keine Obrigkeit außer von Gott; wo aber Obrigkeit ist, ist sie von Gott angeordnet. Darum: Wer sich der Obrigkeit widersetzt, der widerstrebt Gottes Anordnung; die ihr aber widerstreben, werden ihr Urteil empfangen“ (Röm 13,1–2). Dieses Wort, mit dem der Apostel Paulus zum Gehorsam gegenüber der staatlichen Obrigkeit mahnt, hat Jahrhunderte später in der Kirche zu einer teilweise verhängnisvollen Wirkungsgeschichte geführt. Unser Bibelwort ist nämlich oft so ausgelegt worden, als hätten die Herrscher bzw. politischen Führer von Gott her einen nicht zu hinterfragenden Anspruch auf unbedingten Gehorsam und Unterordnung ihrer Bürger. So hat sich in den Kirchen – auch in denen der Reformation – über Jahrhunderte hinweg jene Autoritätshörigkeit entwickelt, die schließlich sogar dazu führte, einem verbrecherischen Führer Adolf Hitler bedingungslose Gefolgschaft zu geloben.

In der Auseinandersetzung mit seinen jüdischen Gegnern hat Paulus sich auf den Kaiser in Rom berufen – in der Hoffnung, dass die römische Justiz ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen und ihn freisprechen würde. Vielleicht konnte oder wollte er nicht sehen, dass der römische Staat mit dem Cäsaren an der Spitze keineswegs für Recht und Gerechtigkeit eintrat. Unter Nero (54–68 n. Chr.) und Jahre später in einer staatlich angeordneten Aktion unter Kaiser Domitian (81–96 n. Chr.) machte er Jagd auf Christen, weil sie sich dem angeordneten Kaiserkult widersetzen und sich – so die offizielle Begründung – „des Atheismus“ schuldig machten. In dieser Situation hätte die Befolgung von Röm 13,1 „Sei untertan der Obrigkeit!“ Verrat an Jesus bedeutet. Für die verfolgten Christen wäre es eine Zumutung gewesen zu glauben, dass der Christenhasser in Rom von Gott als „Obrigkeit“ eingesetzt wäre, um für Recht und Ordnung zu sorgen.

Das Tier und das Lamm

Darum muss neben Röm 13,1 unbedingt auch das Wort aus Offb 13,5–8 gestellt werden: Mit dem Tier, das von dem Drachen „Kraft, Thron und große Macht“ erhält, wird in der apokalyptischen Geheimsprache die Botschaft an die Gemeinde weitergegeben, dass der Kaiser in Rom (Tier) seine Macht einzig dem Drachen (Satan) verdankt, um gegen die Christen (Heilige) zu kämpfen und sie zu besiegen. Doch die Christen beteiligen sich nicht an dem staatlich verordneten Kaiserkult, weil ihre Namen im Buch des Lebens geschrieben sind und sie so in den Auseinandersetzungen durch das Lamm (Christus) Bewahrung erfahren.

Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist ...

Auch wenn Jesus im Neuen Testament dem Cäsar in Rom eine begrenzte Loyalität zugesteht: „Gebt dem Kaiser, was des Kaisers ist!“, so relativiert und begrenzt er die staatliche Macht auf irdische Dinge wie die Erhebung von Steuern, aber widersetzt sich ihr, wo sie sich göttliche Autorität anmaßt: „Gebt Gott, was Gottes ist“ (Mk 12,17). An anderer Stelle lässt Jesus keinen Zweifel daran, dass die Machthaber ihre Völker unterdrücken: „Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten und die Mächtigen ihnen Gewalt antun“ (Mt 20,25). Maria, die Mutter Jesu, geht in ihrem Lobgesang noch einen Schritt weiter. Sie preist den Gott, der „die Gewaltigen vom Thron stößt und die Niedrigen erhöht“ (Lk 1,52).

... und Gott, was Gottes ist

Vielleicht lässt sich die Einstellung der Christen zur staatlichen Autorität mit dem Bekenntnis des Petrus und der anderen Apostel vor dem Hohen Rat in Jerusalem zusammenfassen: „Man muss Gott mehr gehorchen als den Menschen!“ (Apg 5,29). Die Loyalität dem Staat gegenüber findet da seine Grenze, wo das an Gottes Wort gebundene Gewissen ihm widersprechen muss.

Alternativen zum (assistierten) Selbstmord

Das Bundesverfassungsgericht hat das Gesetz zum Verbot geschäftsmäßiger Förderung der Sterbehilfe für verfassungswidrig erklärt, weil es ein umfassendes Recht auf selbstbestimmtes Sterben gebe. Im Hinblick auf die erforderliche Neuregelung haben wir das Problem im letzten InfoBrief theologisch und ethisch beleuchtet sowie veranschaulicht durch die Erfahrungen eines ehemaligen Befürworters und jetzigen Gegners der in den Niederlanden relativ liberalen Regelung. (s. www.lgm-info.de ⇨ InfoBriefe 2021-1, Seiten 4-10 u. 19-20)

Aus christlicher Sicht entscheidet nicht der Mensch über Leben und Tod, sondern Gott. Das sehen offiziell auch die EKD und die (kath.) Deutsche Bischofskonferenz so, aber nicht alle evang. Führungskräfte (s. dazu S. 16-18). Es ist ein in der evang. Kirche diskutierter Irrweg, bei der Sterbehilfe zwischen dem Suizidwunsch im Sterbeprozess und in anderen Lebenssituationen zu unterscheiden. Ähnlich der Rosenheimer Erklärung zur Abtreibung (Bayer. Landessynode, April 1991) wird zwar auf das biblische Tötungsverbot hingewiesen, aber es werden situationsbedingte Ausnahmen gerechtfertigt, die dann erfahrungsgemäß - wie z.B. bei der Abtreibung - zum allgemein gebilligten Normalfall mutieren.

Aber auch für Nichtchristen ist evident, dass niemand sich selbst das Leben verdankt, und dass in dieses immer auch Mitgeschöpfe mit eigenen Erfahrungen, Überzeugungen und Interessen involviert und vom Suizid oft folgeschwer betroffen sind.

Immanuel Kant (1724-1804), bedeutender Philosoph der Aufklärung, argumentiert in 'Eine Vorlesung über Ethik': „*Der Mensch kann über sich selbst nicht disponieren, weil er keine Sache ist. Der Mensch ist nicht Eigentum von sich selbst*“.

Psychiater wissen, dass Suizidwillige häufig unter psychischen Beeinträchtigungen leiden. Der Todeswunsch besteht, kann aber überwunden werden.

Wenn der Selbstmord eine sozial akzeptierte und institutionell gestützte Möglichkeit ist, wird nicht zu verhindern sein, dass daraus eine Pflicht wird, keine weiteren Kosten zu verursachen und anderen nicht zur Last zu fallen.

Sterbehilfe klingt human, aber die Bedenken wiegen nicht nur unter religiösen Aspekten sehr schwer und müssen bei einer gesetzlichen Neuregelung beachtet werden.

Unbedenklich ist hingegen die Inanspruchnahme von Palliativversorgung und Hospizbetreuung. Beides ergänzt sich und hat das Ziel, Leidenden jeden Alters zu einem Leben in Würde mit größtmöglicher Selbstbestimmung, Lebensqualität sowie Freiheit von Schmerzen, Angst und anderen Beschwerden zu verhelfen. Die Betroffenen werden von multiprofessionellen Teams betreut, bestehend aus speziell qualifizierten Ärzten und Pflegekräften, Sozialpädagogen, Seelsorgern, Psychologen und Therapeuten. So ist es auch Leidenden, deren Leben auf das Ende zugeht möglich, ganzheitlich versorgt *‘an der Hand statt durch die Hand eines Menschen zu sterben‘*. Nicht Hilfe zum Sterben ist geboten, sondern Hilfe beim Sterben.

Es gibt stationäre und ambulante Möglichkeiten der Palliativ- und Hospizbetreuung (siehe auch www.wegweiser-hospiz-palliativmedizin.de). Allein unter dem Dach *‘Deutscher Hospiz- und Palliativverband‘* engagieren sich mehr als 120.000 Haupt- und Ehrenamtliche in diesen Diensten (Infos hierzu: DHPV).

Krankenhäuser

In Deutschland gibt es etwa 350 Palliativstationen in Krankenhäusern mit jeweils 6-12 Betten. Dort arbeiten multiprofessionelle Teams, ergänzt durch ehrenamtliche Hospizhelfer. Auf eine Krankenhaus-Palliativstation werden schwerstkranke Patienten verlegt, die nicht zu Hause oder im Pflegeheim behandelt werden können. Ziel ist, sowohl die körperlichen Beschwerden einer fortgeschrittenen und unheilbaren Erkrankung als auch die damit verbundenen psychosozialen Probleme so zu lindern, dass eine Entlassung möglich ist.

Stationäre Hospize

Das sind eigenständige wohnliche Einrichtungen, die Menschen mit einer austherapierten lebensbegrenzenden Erkrankung und deren Angehörige mit ihren jeweiligen Bedürfnissen betreuen. Pflege und Versorgung werden von haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeitern des Hospizes geleistet in Zusammenarbeit mit palliativmedizinisch erfahrenen Ärzten. Hospize sind in speziellen Neubauten untergebracht wie z.B. das Johannes-Hospiz in Pentling (www.johanneshospiz.de) oder in geeigneten Altbauten wie z.B. das Hospiz Pfaffenwinkel im Kloster Polling (www.hospiz-pfaffenwinkel.de).

Hierzulande gibt es 250 stationäre Hospize in denen etwa 33.500 Erwachsene jährlich versorgt werden. Zudem gibt es 18 Hospize für Kinder und Jugendliche.

Die Kosten werden zu 95% von den Kranken- und Pflegeversicherungen übernommen. Den Rest finanzieren die Einrichtungsträger weitgehend durch Beiträge/Spenden.

Ambulante Palliativ- und Hospizdienste

Ambulante Palliativversorgung und Hospizbetreuung sollen es unheilbar Kranken ermöglichen, weitgehend beschwerdefrei und gut versorgt die letzte Zeit ihres Lebens im vertrauten Umfeld zu bleiben.

In Deutschland haben gesetzlich Versicherte einen im Sozialgesetzbuch verankerten Anspruch auf *‘Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung‘* (SAPV). Diese wird von 361 mobilen Teams geleistet und von den gesetzlichen Krankenkassen bezahlt.

1.500 ambulante Hospizdienste unterstützen mit vielen Ehrenamtlichen und koordinierenden Hauptamtlichen die Patienten und entlasten deren Angehörige. Sie arbeiten eng mit den SAPV-Teams, Hausärzten, Therapeuten und Pflegediensten zusammen und begleiten die Familien auch in der belastenden Zeit des Sterbens und der Trauer (Beispiel: www.hospiz-und-palliativ-zentrum.de).

Die Hospizdienste werden von den gesetzlichen Krankenkassen bezuschusst, aber ein erheblicher Teil der Kosten muss durch Beiträge/Spenden finanziert werden. vB

Nachrichten

Bibel und Bekenntnis

(IDEA) **Bibeltreue Christen sollen der Kirche nicht den Rücken kehren**

... sondern für sie kämpfen. Dazu hat Pfarrer Jörg Breitschwerdt bei einer gemeinsamen Vortragsveranstaltung des „Netzwerks Bibel und Bekenntnis“ und der württembergischen Pfarrerearbeitsgemeinschaft Confessio in Stuttgart aufgerufen.

Dazu waren 100 Besucher in das CVJM-Haus in Stuttgart gekommen. Aufgrund der Corona-Krise konnten nicht mehr Teilnehmer zugelassen werden. Weiter sagte er: „Warum protestierten und protestieren bibeltreue Christen? Weil ihnen an ihrer Kirche etwas liegt.“ Theologisch konservative Christen treibe nicht „Rechthaberei, Richtgeist oder Profilierungssucht, sondern eine treue Liebe zur Kirche“ an. „Wer die Kirche liebt, der kämpft für sie, der engagiert sich, wenn er von der Schrift her zu der Überzeugung kommt, dass eine Kurskorrektur nötig ist.“

Für viele bibeltreue Christen sei die evangelische Kirche „der Rahmen, in dem wir zum Glauben gekommen sind“. Deshalb sei ihre „Kritik an der Kirche immer eine Kritik an einer Kirche, der wir viel zu verdanken haben, eine Kritik an einer Kirche, an der uns etwas liegt“.

Zwei Lager im Protestantismus

Es gelte jedoch auch zu klären, was diese theologisch Konservativen bzw. die Evangelikalen auszeichne. Persönlich halte er „das Festhalten am Wortlaut der Heiligen Schrift, das Festhalten an den geschichtlichen Grundlagen des christlichen Glaubens“ und den großen „Heilsereignissen“ wie der Kreuzigung und der Auferstehung Jesu Christi für eine gute Grundlage.

Damit stehe man „zumindest in der Spur der lutherischen, pietistischen und erwecklichen Väter“, die in vergangenen Jahrhunderten um eine an der Bibel ausgerichtete Kirche gekämpft hätten. Der Protestantismus habe sich jedoch schließlich „in ein theologisch konservatives und theologisch modernes Lager“ gespalten.

Auch die gegenwärtigen theologischen Diskussionen hätten ihren Ursprung letztlich in der dadurch entstandenen „Krise des Schriftprinzips“. Denn die Bindung an die Bibel sei seit der Aufklärung vom theologisch modernen Lager infrage gestellt worden. Wann immer jedoch Aussagen der Bibel als „zeitbedingt abgetan wurden“, seien bibeltreue Christen stets als „Aktivisten“ für die Gültigkeit der Schrift eingetreten.

Konferenz des Instituts für Glaube und Wissenschaft

(IDEA) Viele Indizien deuten darauf hin, dass Jesus leiblich auferstanden ist. Auf sie können Christen im Gespräch mit Skeptikern hinweisen. Diese Ansicht vertrat der Althistoriker Dr. Jürgen Spieß bei der „Begründet-Glauben-Konferenz“ des Instituts für Glaube und Wissenschaft (IGUW) 2020 in Stuttgart vor 200 Teilnehmern.

Neben dem leeren Grab müsse ein Skeptiker auch begründen, weshalb bereits 3 Jahre nach Jesu Kreuzigung christliche Glaubensbekenntnisse auftauchten. Ein weiteres Argument sei die Radikalität, mit der die Jünger Christi ihr Leben geändert und ihn angebetet hätten. Denn für Juden, die an nur einen Gott geglaubt hätten, lasse sich dieses Verhalten sonst nicht erklären. Schließlich sei es für gläubige Juden undenkbar, jemand anderes als den Gott anzubeten, den sie aus der jüdischen Tradition gekannt hätten. Folglich müssten sie von der Göttlichkeit Jesu überzeugt gewesen sein. Dem Vorwurf, das Christentum verträste die Menschen auf das Jenseits, würde er entgegenen, dass es keine Verträstung sei, wenn diese Hoffnung „wahr“, also begründet sei.

Der Theologe Christian Günzel vom Zacharias-Institut für Wissenschaft, Kultur und Glaube sprach sich ebenfalls für die Glaubwürdigkeit des Neuen Testaments aus. Dessen Niederschrift sei erfolgt, als noch Augenzeugen der Ereignisse gelebt hätten. Die etwa 5.700 erhaltenen Manuskripte des Neuen Testaments stimmten in den entscheidenden Aussagen überein.

Heike Breitenstein, Theologin und Referentin beim Zacharias-Institut, nahm auf der Tagung Stellung zu biblischen Stellen, in denen Gott als gewalttätig geschildert wird. Darin gehe es um ein Gerichtshandeln Gottes. Gott übe Gewalt nie willkürlich aus und lasse den Menschen und Völkern „Zeit zur Umkehr“. Schließlich habe Gott selbst sein eigenes Gerichtsurteil „im freiwilligen Leiden Jesu am Kreuz“ auf sich genommen.

Theologe: Trotz unglaublicher Christen am Glauben festhalten

Der Theologieprofessor Matthias Clausen erläuterte, weshalb er trotz der Unglaubwürdigkeit vieler Christen am christlichen Glauben festhalte: Wenn ein Arzt empfehle, weniger zu trinken, bleibe dieser Rat auch dann wahr, wenn der Arzt selbst Alkoholiker sei. Aus biblischer Sicht sei es zwar „unentschuldig“, dass Christen oft entgegengesetzt zur Lehre Jesu handelten. Auf der anderen Seite sei es aber „erwartbar“, da im „gefallenen Menschen“ immer das „Potenzial zum Scheitern“ stecke. „Selbstgerechtigkeit“ sei deshalb für Christen „fehl am Platz“.

Biophysiker: Ethische Entscheidungen nie auf Maschinen übertragen

Der Leiter des IGUW, der Biophysiker Alexander Fink warnte davor, den Menschen mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz (KI) „vergöttlichen“ zu wollen.

Der Physiker Stephen Hawking (1942–2018) habe ein solches Unterfangen als große Bedrohung für die Existenz der Menschheit angesehen. Fink halte eine überzogene „Panik“ jedoch für verfehlt, da Rechenleistung „allein nicht zur Entstehung“ eines Bewusstseins führe. KI sei als Technologie eine „Erweiterung menschlicher Fähigkeiten zum Guten oder Schlechten“. Gefährlich sei nicht die KI selbst, sondern der, der sie anwende.

Biologe: Genialität der Schöpfung ist Hinweis auf den Schöpfer

Der Biologieprofessor Siegfried Scherer betonte, dass die Evolutionsforschung „nichts zur Frage nach der Existenz Gottes sagen“ könne. Es ließen sich zwar gewisse Anpassungsprozesse der Lebewesen durch „Mikroevolution“, also Weiterentwicklung im Rahmen bestehender Arten, erkennen. Jedoch könne wissenschaftlich nicht geklärt werden, welchen Ursprung diese Lebewesen hätten. Der Blick auf die „Genialität der Schöpfung“ liefere jedoch „gute Gründe für den Glauben an einen Schöpfer“.

Das 1999 gegründete Institut für Glaube und Wissenschaft will den Dialog zwischen den beiden Bereichen fördern und Orientierung in einer pluralistischen Welt geben

Kirche

Assistierter Suizid in kirchlichen Häusern?

(IDEA) Hochrangige Persönlichkeiten der evang. Kirche – u.a. der Vorsitzende der Kammer für öffentliche Verantwortung der EKD Theologieprofessor Reiner Anselm, der hannoversche Landesbischof Ralf Meister und der Präsident der Diakonie Deutschland Ulrich Lilie – haben dafür plädiert, in Einrichtungen der Diakonie assistierten Suizid zu ermöglichen.

Die meisten Leiter der 20 EKD-Gliedkirchen lehnen assistierten Suizid in Einrichtungen der Diakonie ab. 13 Kirchenleiter sprachen sich dagegen aus – darunter der Bayer. Landesbischof und EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm. So sagten z.B. der pfälzische Kirchenpräsident Christian Schad: „Wir können viel in unserem Leben

selbst bestimmen, nicht aber über das Leben“, und der Kirchenpräsident der Evang. Landeskirche Anhalts, Joachim Liebig: der assistierte Suizid sei in diakonischen Einrichtungen „*unter keinen Umständen*“ angemessen. Fünf Kirchenleiter enthielten sich mit Verweis auf bestehenden Diskussionsbedarf oder die komplexe Situation.

Der Hessen-Nassauische Kirchenpräsident Volker Jung sagte in seinem Bericht vor der Landessynode im April, dass der „assistierte Suizid kein Regelangebot in diakonischen Einrichtungen sein soll“, aber es gäbe tragische Einzelfälle, „in denen Menschen durch einen assistierten Suizid beim Sterben geholfen werden kann“. Dabei sei es auf jeden Fall erforderlich, zwischen dem Suizidwunsch in einem Sterbeprozess und in anderen Lebenssituationen zu unterscheiden.

Ein Zivilisationsbruch

(IDEA) Ein assistierter Suizid könnte in einem Seniorenheim des diakonischen Unternehmens „Diakoneo“ (Neuendettelsau) zugelassen werden. Diese Meinung äußerte der Vorstandsvorsitzende Pfarrer Mathias Hartmann im Interview mit dem Evangelischen Sonntagsblatt aus Bayern. Dazu ein Kommentar von Andreas Späth:

Vor 2.000 Jahren gab es eine Zivilisation, die unserer Zeit nicht unähnlich war: das Römische Reich. Multiethnisch, multikulturell, multireligiös. Neugeborene wurden ausgesetzt. Für Betuchte gab es schon Abtreibungen. Alte Menschen schieden mit aufgeschlitzten Pulsadern in „Würde“ aus dem Leben. Es stand jedem frei, durch einen „ehrendhaften“ Freitod seine Qualen zu beenden. Die Christen machten damit Schluss. Zwar fügten sie sich in die staatlichen Ordnungen und rebellierten nicht, aber sie handelten anders. Die Kirchenväter betrachteten den Schutz des Lebens als fundamentalen Teil christlicher Lebenspraxis. Nun kommt offenbar die Rolle rückwärts.

Diakonie ruft zu Christus

Mathias Hartmann, der 10. Rektor des Neuendettelsauer Werkes nach dem Gründer und großen Geistlichen Wilhelm Löhe (1808–1872), bricht mit dem, was seit frühester Christenheit in der Kirche galt. Er beschreibt Diakonie in dem Interview als zivilreligiösen Dienstleister, der sich an den Wünschen der Gesellschaft zu orientieren hat. Der Sinn der Diakonie wird geradezu pervertiert. Diakonie ruft zum Leben in Christus. Suizidassistenz ruft nicht zu Christus, sondern erliegt dem Ruf der Welt und macht sich zu ihrem Handlanger. Doch damit nicht genug: Hartmann wirbt auch unverhohlen um die Bewohner katholischer Heime. Diese müssten sich wegen des dortigen Lebensschutzes – der assistierte Suizid wird abgelehnt – anderswo „Hilfe“ suchen.

Selbsttötung entspricht nicht dem christlichen Menschenbild

(IDEA) Es entspricht nicht dem christlichen Menschenbild, seinem Leben selbst ein Ende zu setzen. Diese Ansicht vertrat der Vorsitzende der (katholischen) Deutschen Bischofskonferenz Bischof Georg Bätzing am 17. April in einem ökumenischen Gottesdienst in Augsburg zur Eröffnung der „Woche für das Leben“.

Sie steht in diesem Jahr unter dem Thema „Leben im Sterben“ und stellt die Sorge für Schwerkranke und Sterbende durch palliative und seelsorgerliche Begleitung in den Mittelpunkt. In seiner Predigt sagte Bätzing, er betrachte die aktuelle politische und gesellschaftliche Debatte über den assistierten Suizid mit großer Sorge.

Im Bundestag werden zur Zeit zwei Gesetzentwürfe beraten, die ein „Recht zur Hilfeleistung“ bei der Selbsttötung vorsehen. Durch eine Legalisierung der Beihilfe zur Selbsttötung entstehe die Gefahr eines Dammbrochs. Mit der Zeit werde der Druck auf alte und kranke Menschen wachsen. Nach christlichem Verständnis behalte aber jeder Mensch in jeder Phase des Lebens seine Würde. Sie sei nicht abhängig von seiner

Verfassung, seiner Schaffenskraft oder seiner Gesundheit. Deswegen verdienten unheilbar Kranke die bestmögliche Fürsorge und Pflege.

Der katholische Augsburger Weihbischof Anton Losinger sprach sich entschieden gegen eine Zulassung von organisierter Sterbehilfe aus. „Hinter der Theorie vom freiverantwortlichen Suizid steht allermeist nicht autonome Freiheit, sondern ein Hilferuf an die Gesellschaft“.

Bedford-Strohm: Kranken und Angehörigen beistehen

Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm sagte in dem Gottesdienst, das Thema „Leben im Sterben“ gehöre in die Mitte der Gesellschaft. Die Sorge um Schwerkranke und Sterbende gehe alle an. Für die Kirchen sei es eine „Kernüberzeugung des christlichen Glaubens“, dass Menschen in jeder Lebensphase von Gott angenommen seien. Daraus folge, Kranken und ihren Angehörigen in ihrer schweren Situation beizustehen.

Montgomery: Kritik am Bundesverfassungsgericht

Der Vorsitzende des Weltärztebundes, Frank Ulrich Montgomery sagte in der Diskussion: „Das Bundesverfassungsgericht irrt, wenn es die menschliche Selbstbestimmung derart überhöht, dass sie sogar die Abschaffung ihrer selbst miteinschließt.“ Die Aufgabe von Ärzten sei „nicht Hilfe zum Sterben, sondern Hilfe beim Sterben“.

Nicht der schnelle Tod, sondern das sanft begleitete Sterben an der Hand der Familie und eines Arztes seien ein würdiger Abschluss des Lebens. Die Präsidentin der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, die Medizinprofessorin Claudia Bausewein betonte, auch Seelsorger spielten in der Hospiz- und Palliativversorgung eine wichtige Rolle. Ihre Aufgabe sei es, die „spirituellen und existentiellen Belange“ der Sterbenden im Blick zu haben.

In einer Podiumsdiskussion zur Eröffnung der „Woche für das Leben“ sagte der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU), eine christlich geprägte Gesellschaft dürfe nicht zulassen, dass Menschen den Suizid als einzigen Ausweg sähen. Die Podiumsdiskussion fand wegen der Corona-Pandemie digital statt.

Niederlande: Immer mehr Menschen sterben auf eigenen Wunsch

(IDEA) In den Niederlanden haben sich noch nie so viele Menschen für aktive Sterbehilfe entschieden wie 2020. Das geht aus dem Jahresbericht der Kontrollkommission hervor (RTE/Utrecht). Das Gremium prüft, ob ein Antrag auf aktive Sterbehilfe genehmigt oder abgelehnt wird.

Dem Bericht zufolge wurden 6.938 Personen auf eigenen Wunsch von Ärzten getötet. Das ist ein Anstieg von 9,1% im Vergleich zum Vorjahr (6.361). Die Zahl entspricht 4,1% aller Todesfälle in den Niederlanden im Jahr 2020. 87,6% waren älter als 60 Jahre und hatten Krebs im Endstadium (4.480). Wie in den Vorjahren litten ca. 2% der Antragsteller an Demenz und etwas mehr als 1% an psychiatrischen Störungen.

Der Vorsitzende der Kontrollkommission Jeroen Recourt erklärte, dass immer mehr Menschen Sterbehilfe als Lösung für unerträgliches Leid sähen. Die meisten älteren Menschen, die Euthanasie in Erwägung zögen, stürben am Ende doch eines natürlichen Todes. Aber der Gedanke, dass die Sterbehilfe bei schlimmen Leiden eine Option sein könnte, gebe vielen Frieden.

EKD: Aufarbeitung von Missbrauch gebremst

(IDEA) Hintergrund: Die EKD hat beschlossen, die Arbeit des Betroffenenbeirats vorübergehend auszusetzen. Das Gremium war 2020 gebildet worden und sollte die Aufarbeitung der Fälle von sexuellem Missbrauch im Bereich der Kirche kritisch

begleiten sowie eigene Vorschläge für Maßnahmen zum Schutz vor sexualisierter Gewalt erarbeiten.

In den vergangenen Monaten waren fünf Mitglieder aus dem Betroffenenbeirat ausgetreten. Grund waren nach Angaben der EKD unter anderem Meinungsverschiedenheiten innerhalb des Gremiums.

Aus den Reihen der verbliebenen sieben Mitglieder sei der Wunsch geäußert worden, das Gremium aufzulösen. Die Beteiligung von Betroffenen solle jetzt neu organisiert werden, erklärte der Sprecher des Beauftragtenrates der EKD zum Schutz vor Sexualisierter Gewalt, der Landesbischof der Evangelisch-lutherischen Landeskirche in Braunschweig, Christoph Meyns.

Mitglieder kritisieren mangelnde Ausstattung

Der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs, Johannes-Wilhelm Rörig appellierte an beide Seiten, sich wieder an einen Tisch zu setzen. „Wenn es noch den Hauch einer Chance gibt, sollten beide Seiten versuchen, wieder zusammenzufinden.“

Ökumene

Einheit unter Christen fehlt

(IDEA) Die mangelnde Einheit unter Christen trägt maßgeblich dazu bei, dass Deutschland in den letzten Jahrzehnten nur wenige evangelistische Aufbrüche erlebt hat. Diese Ansicht äußerte Pastor i. R. Heinrich Christian Rust aus dem Bund Evangelisch-Freikirchlicher Gemeinden bei einer digitalen Konferenz der Koalition für Evangelisation am 26. April.

Rust zufolge tragen Christen zur „Zerrissenheit des Leibes Christi“ bei, wenn sie sich nur noch über Stellungnahmen voneinander abgrenzen, anstatt miteinander zu reden. Es sei ein Jammerspiel, wenn Christen kaum zusammenwirken, weil sie nicht das gleiche Bibelverständnis haben oder nur ein Gefühl „für die Irrlehren und blinden Flecken der anderen“ entwickeln.

Rust: „Die zukunftsweisende Frage sollte nicht sein, wie wir uns voneinander unterscheiden, sondern wie wir die Solidarität der Gesandten Christi stärken.“ Auch in Gemeinden, Missionswerken und Bewegungen sei ein „versöhntes Miteinander“ ausschlaggebend. Eigenbrötlererei, Besserwisserei und Hochmut führten oft dazu, dass Gemeinden „Licht- und Salzkraft“ einbüßten.

Was Leiter von Jesus Christus lernen können

Rust forderte Leiter dazu auf, in der Kommunikation von Jesus Christus zu lernen. Er habe häufig Fragen gestellt und zuweilen auch durch Schweigen kommuniziert. Jesus habe sein Gegenüber im Lichte Gottes gesehen. Sein Wesen sei durch Sanftmut und Demut geprägt. Er habe nicht aus Eigennutz oder Ruhmsucht gehandelt, sondern die Ehre bei Gott gesucht. Zudem habe er eine Grundhaltung des Dienens praktiziert und dadurch Einfluss gewonnen, dass er sich „hingibt und weggibt“.

Abendmahls-Debatte: Kardinal Koch weist Vorstoß zurück

(IDEA) Die Frage, ob sich Katholiken und Protestanten gegenseitig zum Abendmahl einladen dürfen, sorgt weiter für heftige Diskussionen. Nun hat sich schweizerische Kardinal Kurt Koch, Präsident des Päpstlichen Rates für die Einheit der Christen, zu Wort gemeldet. Zum Hintergrund: Im September 2019 hatte der „Ökumenische Arbeitskreis evangelischer und katholischer Theologen“ (ÖAK) das Votum „Gemeinsam am Tisch des Herrn“ veröffentlicht. Wissenschaftliche Leiter des Gremiums sind

der evangelische Kirchenhistoriker Prof. Volker Leppin und die katholische Theologin Dorothea Sattler. Sie ist Professorin für Ökumenische Theologie und Dogmatik in Münster.

In dem Papier wird die Ansicht vertreten, dass eine wechselseitige Teilnahme an Eucharistie und Abendmahl mit guten theologischen Gründen als individuelle Gewissensentscheidung verantwortbar sei. Die Römische Glaubenskongregation erteilte gegenseitigen Abendmahlsseinladungen jedoch eine Absage.

Leppin warf dem päpstlichen Einheitsrat am 3. Februar in einem Interview mit katholisch.de Gesprächsverweigerung vor. Der ÖAK reagiere „auf eine Not, die in unseren evangelischen und katholischen Gemeinden dauerhaft gegenwärtig ist“.

Kardinal Koch antwortete am 8. Februar mit einem offenen Brief.

Koch: Das ökumenische Problem wird auch in Hessen und Nassau deutlich

Der ÖAK gehe, so Koch, davon aus, dass sich nach dem „Grundeinverständnis über die Taufe“ ein solches auch bei Abendmahl und Eucharistie herausstellen lasse. Es gebe aber so große Unterschiede, dass eine gegenseitige Einladung zurzeit nicht möglich sei, schreibt Koch.

Er verweist unter anderem auf die Internetseite der Evang. Kirche in Hessen und Nassau (EKHN). Dort werde formuliert, dass in den EKHN-Gemeinden alle, die am Gottesdienst teilnehmen, zur Teilnahme am Abendmahl eingeladen seien. Auch wer nicht getauft sei oder zu einer anderen christlichen Konfession gehöre und das Abendmahl empfangen wolle, sei willkommen. Koch fragt: „Wie steht es dann aber um den vom ÖAK behaupteten engen Zusammenhang von Taufe und Abendmahl, wenn sogar Nicht-Getaufte zum Abendmahl eingeladen sind?“

Hier melde sich ein noch tieferes ökumenisches Problem an: „Wenn auf der einen Seite die Taufe und die Gegenseitige Anerkennung der Taufe das Fundament der Ökumene darstellen, und wenn auf der anderen Seite ein ökumenischer Partner die Taufe derart relativiert, dass sie nicht einmal mehr Voraussetzung für die Teilnahme am Abendmahl ist, muss doch die Frage erlaubt sein, wer denn hier das Fundament der Ökumene in Frage stellt.“

Die EKHN sei da keine Ausnahme. Er habe sie nur als Beispiel gewählt, weil der dritte Ökumenische Kirchentag im Mai in Frankfurt am Main stattfinden soll. Auch in anderen offiziellen evangelischen Texten würden die Diskrepanzen zwischen dem behaupteten Konsens und der Realität deutlich.

Die katholische Theologin Sattler verteidigte laut der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) die Ökumene-Erklärung. Es habe Fortschritte in der theologischen Wahrnehmung gegeben. Sie finde es „abgründig traurig“, dass die vatikanische Glaubenskongregation dies nicht wertschätzend aufnehme.

Taizé-Prior mahnt Kirchen zur Einheit und Erneuerung

(IDEA) Der Prior der ökumenischen Gemeinschaft von Taizé Bruder Alois Löser hat die Kirchen zur Einheit und Erneuerung aufgerufen. „Auf keinen Fall dürfen wir uns mit dem Skandal unserer Spaltungen abfinden“, sagte der Katholik in seiner Predigt beim Eröffnungsgottesdienst des 3. Ökumenischen Kirchentages an Christi Himmelfahrt in Frankfurt /M.

Wie der Prior weiter sagte, können die Kirchen „noch nicht alle Glaubensschätze miteinander teilen. Aber Christus ist nicht geteilt. Er ist unsere Einheit. Bruder Alois forderte gleichzeitig einen neuen Aufbruch in den Kirchen. Dazu sei eine „tiefe geistliche Erneuerung“ erforderlich.

Ehe und Familie

Fall Kentler: Zwei Opfer sexualisierter Gewalt werden entschädigt

(IDEA) Das Land Berlin hat sich mit zwei Opfern sexualisierter Gewalt des sogenannten „Kentler-Experiments“ auf „substanzielle finanzielle Leistungen“ geeinigt. Wie es in einer Pressemitteilung heißt, soll damit das erlittene Leid anerkannt werden, das den beiden Betroffenen zugestoßen sei.

Zum Hintergrund: Der Psychologe und Sexualwissenschaftler Helmut Kentler (1928–2008) hatte in seiner Funktion als Leiter des Pädagogischen Zentrums Berlin Kinder und Jugendliche aus schwierigen Verhältnissen an pädophile Männer vermittelt. Dass diese Männer mit den Kindern Sex haben wollten, war Kentler klar - er wollte untersuchen, ob diese Pflegekinder durch die Männer sozial gefestigt werden. Seit Ende der 60er Jahre bis mindestens 2003 hatten somit Berliner Jugendämter auf Betreiben von Kentler Kinder wissentlich an vorbestrafte pädophile Pflegeväter vermittelt. Dabei war es zu sexuellem Kindesmissbrauch gekommen. (s. auch InfoBrief 2020-3, S. 20/21)

Kentler war mehrfach Mitwirkender auf Deutschen Evangelischen Kirchentagen, etwa 1989 in Berlin, 1987 in Frankfurt/Main, 1985 in Düsseldorf und 1979 in Nürnberg.

Eine Studie der Universität Hildesheim aus dem Jahr 2020 – sie wurde von der Berliner Senatsverwaltung in Auftrag gegeben – habe gezeigt, dass die Vorfälle nicht allein auf Berlin begrenzt gewesen sind. Es habe ein weitreichendes Netzwerk pädagogischer Institutionen und gesellschaftlich angesehener Personen gegeben. Es handle sich um ein Geflecht „quer durch wissenschaftliche pädagogische Einrichtungen und die Senatsverwaltung bis hinein in einzelne Berliner Bezirksjugendämter, in dem pädophile Positionen akzeptiert, gestützt und verteidigt wurden“. Pflegekinder seien vom Land Berlin aus auch an Pflegestellen oder Einrichtungen in Westdeutschland vermittelt worden und dort ebenfalls verschiedenen Formen der Gewalt ausgeliefert gewesen.

Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) erklärte, das Land Berlin übernehme unabhängig von strafrechtlichen Verjährungsfristen eine moralische Verantwortung und unterstütze den Aufarbeitungsprozess mit einem dritten Forschungsauftrag. Dabei werde der Blick der Untersuchung auf die über Berlin hinausgehenden pädophilen Netzwerkstrukturen gerichtet sein.

Keine besonderen Kinderrechte im Grundgesetz, die das Elternrecht aushebeln.

Die ausdrückliche Nennung von Kinderrechten im Grundgesetz ist laut Justizministerin Christine Lambrecht am 7. Juni für diese Legislaturperiode gescheitert. (s. hierzu Stellungnahme der LGM mit biblischer Fundierung vom Aug. 2019 „Kinderrechte in das Grundgesetz?“ unter www.lgm-info.de)

Es ist ein alter Traum kollektivistischer Ideologen, eigene „Kinderrechte“ zu etablieren, mit deren Hilfe das grundgesetzlich geschützte Elternrecht neutralisiert werden kann. Entlarvend äußerte sich 2002 der damalige SPD-Generalsekretär und aktuelle Kanzlerkandidat Olaf Scholz: *Wir wollen die Lufthoheit über unseren (sic!) Kinderbetten erobern!* oder Lenin: *schafft die Familie ab und der Sieg ist uns sicher.*

Einerseits gibt es keine Schutzlücke für Kinder, wie die Regierung selbst zugibt; andererseits wissen wir aus der Geschichte, wie unheilvoll es sein kann, wenn Ideologen, Parteien oder Behörden Einfluss auf die Kindererziehung nehmen. Das gilt auch heute wie z.B. der Fall Kentler (s.o.) und Bestrebungen zeigen, ideologiebasierte (Früh-) Sexualpädagogik in Kitas und Schulen einzuführen. Und so sollten wir wachsam sein bei Versuchen, außerfamiliäre Institutionen gegen die Elternverantwortung in Stellung zu bringen.

Das im GG festgeschriebene Elternrecht ist auch ein durch historische Erfahrungen begründetes Abwehrrecht gegenüber staatlichen Eingriffen in die Familie. Es stärkt die Individualrechte gegenüber kollektiven Ansprüchen. vB

Christliche Kitas gründen? *Siegfried Bäuerle*

(IDEA) Immer mehr Eltern lassen ihr Kleinkind institutionell betreuen. 2019 meldeten 81% der Eltern für ihre Zweijährigen und 64% der Eltern für ihre Einjährigen einen Betreuungsbedarf an. Das kann auch eine Chance für Christen sein. Sie können mit eigenen Einrichtungen auf die große Nachfrage reagieren. Sollte man also christliche Kitas gründen?

Christliche Kitas können gerne für Kinder ab etwa 3 Jahren gegründet werden. Für Kinder unter 3 Jahren bitte keine christlichen Kitas gründen.

Seit Jahrzehnten weisen Wissenschaftler nach, dass Krippenbetreuung für Kinder unter 3 Jahren ein ruinöser Trip für deren Entwicklung ist. Eine große Zahl von Untersuchungsbefunden sowohl von Hirn-, Hormon- als auch Bindungsforschern weisen auf folgende Ergebnisse hin: Die Anzahl von verhaltensauffälligen Kindern bei solchen mit früher und langer Tagesbetreuung ist dreimal so hoch wie bei den zu Hause betreuten. Der negative Verhaltenseffekt ist umso größer, je früher die Betreuung dieser hilflosen Bündel in der Krippe beginnt. Je länger Kinder in der Krippe betreut werden, desto auffälliger ihr Verhalten. Ihre Verhaltensauffälligkeiten liegen vor allem in den Bereichen Aggressivität, Angst, Aufmerksamkeit, Bindungsverhalten und Empathiefähigkeit. Die Auswirkungen schädigender Krippenbetreuung sind ansteigend. Später zeigen sich zusätzlich Alkohol- und Drogenprobleme, Gewaltbereitschaft, Selbstverletzungen (wie Ritzen) und Suizidversuche.

Krippenbetreuung (Betreuungsquote der U3-Kinder aktuell 35%) ist eine riskante Unternehmung. Kleine wehrlose Kinder werden der Gefahr ausgesetzt, an Leib und Seele geschädigt zu werden, möglicherweise lebenslang. Eltern sind gefragt, welchen Weg sie ihren unter 3-jährigen Kindern zumuten. Heikle Rückfragen ehemaliger Krippenkinder an Eltern und Gesellschaft sind keineswegs ausgeschlossen.

Siegfried Bäuerle ist Diplom-Psychologe und Erziehungswissenschaftler. Er war 16 Jahre Vorstand der evangelischen Privatschule in Kleinsteinbach (Pfinztal).

Kampf für ungeborene Kinder

EKBO: Eine Kirche auf Abwegen

(IDEA) Ein Zwischenruf von IDEA-Redaktionsleiterin Daniela Städter

Die Bundestagsfraktion der Partei „Die Linke“ hat ebenso die ersatzlose Streichung der Abtreibungsparagrafen 218 und 219a aus dem Strafgesetzbuch gefordert wie die Frauenversammlung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO).

Der Vorschlag der EKBO-Frauen sieht auf den ersten Blick aus wie Symbolpolitik. Die materielle Rechtslage solle sich ja gar nicht ändern. Es gehe ja nur darum, dass der Schwangerschaftsabbruch nicht mehr im Strafgesetzbuch steht, um nicht kriminalisiert zu werden. Stattdessen solle er „im Recht der medizinischen Dienstleistungen“ sowie beispielsweise „in einem Gesetz zu Sexualität, Familienplanung und Schwangerschaftsabbruch“ geregelt werden. Darin könnten dann „Regelungen verankert werden, die einer Fristenlösung entsprechen“.

Dieser Vorschlag ist schon logisch schräg. Auch wenn die neue gesetzliche Regelung nicht im Strafgesetzbuch stehen würde, müsste sie trotzdem Strafanzeige enthalten

– sonst würde sie die Fristenlösung nicht verankern, sondern abschaffen. Abtreibungen wären also im gleichen Maße „kriminalisiert“ wie bisher – und genau diese Kriminalisierung wollen die Frauen der EKBO ja unbedingt abschaffen.

Dieser Zusammenhang lässt vermuten, dass die EKBO-Frauen den Schutz ungeborener Kinder sehr wohl deutlich abschwächen wollen. Darauf deutet jedenfalls auch ihr – bereits zuvor in vielen kirchlichen und diakonischen Schriften aufgeführtes – Argument hin, „dass das ungeborene Leben nicht gegen, sondern nur mit der schwangeren Frau geschützt werden kann“.

Nach dieser Argumentation hat das ungeborene Kind letztlich allenfalls in der Theorie ein eigenständiges Recht auf Leben. In der Praxis wäre es danach bis zur Geburt im Grunde nicht anders zu behandeln als ein Körperteil der schwangeren Frau.

Nach dieser Logik wäre eine Abtreibung tatsächlich nur ein normaler medizinischer Eingriff. Alle Beschränkungen des autonomen Entscheidungsrechts der Schwangeren wären widersinnig – und deren Abschaffung wohl nur eine Frage der Zeit.

Die Würde ist unantastbar

Eine Abtreibung ist aber keine normale medizinische Dienstleistung.

Das Bundesverfassungsgericht hat 1993 in seiner zweiten Fristenlösungsentscheidung festgehalten, dass die Menschenwürde schon dem ungeborenen menschlichen Leben zukommt. Bei dem Ungeborenen handele es sich „um individuelles, in seiner genetischen Identität und damit in seiner Einmaligkeit und Unverwechselbarkeit bereits festgelegtes, nicht mehr teilbares Leben, das im Prozess des Wachsens und Sich-Entfaltens sich nicht erst zum Menschen, sondern als Mensch entwickelt“. Damit kommt dem ungeborenen Leben Würde zu und damit gilt Artikel 1, Absatz 1 des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Verschleiern und verharmlosen

Wer den §218 abschaffen will, will Abtreibung verharmlosen, will das ungeborene Kind entmenschlichen, will ihm die Würde nehmen, will die Mär vom Zellhaufen stärken, will, dass Abtreibung „normal“ wird, dass es gesellschaftlich als eine medizinische Leistung wie jede andere wahrgenommen wird – und nicht als das, was es ist und was der Grund dafür ist, warum Abtreibung im StGB geregelt ist: Es ist die Tötung eines einmaligen und unverwechselbaren Lebens.

EKBO: Wenn der Bischof schweigt

Wer wie die Frauen in der EKBO daran rüttelt, betreibt das Spiel der Linken, wer wie der Bischof der EKBO, Christian Stäblein, zu der Forderung der Frauen schweigt, handelt fahrlässig. Zwei Mal hat IDEA konkret gefragt, wie der Bischof zu §218 steht – doch der Bischof äußerte sich nicht.

Die evangelische Kirche hat bislang die Haltung vertreten, dass sie beim Schutz des ungeborenen Lebens dazu beitragen wolle, Schwangerschaftsabbrüche zu vermeiden. Die EKD wörtlich: „Denn Abtreibungen sollen nach Gottes Willen (Du sollst nicht töten) nicht sein.“ Gilt das noch? Wie passt das zusammen, wenn Abtreibung – die Tötung eines Kindes - als normale medizinischer Dienstleistung auf einer Stufe gestellt wird mit einer Knie-OP?

Vorwurf: Wer gegen Abtreibung ist, ist rechts

Die Abtreibungsärztin Kristina Hänel, die derzeit „nur“ gegen §219a (Werbeverbot) klagt, betreibt derweil schon das „Framing“, mit dem es auch alle zu tun bekommen werden, die sich für die Beibehaltung der §218 einsetzen: Wer gegen Abtreibung ist, ist rechts.

Auf die Frage in einem Interview, warum sie glaube, dass die Staatsanwaltschaft gegen sie vorgehe, antwortete Hänel, sie denke „es hat auch insgesamt mit einer Er-stärkung der Rechten in Deutschland zu tun. Das massive Auftreten. Dass die dreister werden und sich einfach auch gut vernetzen und anwaltlich unterstützen lassen.“ Praktisch für alle Abtreibungsbefürworter: Wer so argumentiert, braucht sich mit wirklichen Argumenten nicht mehr auseinandersetzen.

Die Debatte um §218 wird kommen. Linke, SPD und Grüne haben sie im Bundestag vorangetrieben, flankiert von den EKBO-Frauen im kirchlichen Raum.

Es steht zu befürchten, dass eine Gruppe aus dem Blick gerät: Die hilflosen, unschuldigen, ungeborenen Kinder. Sie sollten in der Debatte im Mittelpunkt stehen.

Freikirchliche Gemeinde engagiert sich gegen Abtreibung

(IDEA) Die Freikirche „Treffpunkt Leben“ in Munderkingen (Alb-Donau-Kreis) will auf das Leid abgetriebener Kinder hinweisen. Dazu hatte sie für zehn Tage eine Plakatwand gemietet und außerdem einen Stand auf dem Wochenmarkt eingerichtet. Auf dem Plakat heißt es unter anderem, dass in Deutschland jährlich „rund 100.000 Babys im Mutterleib getötet“ werden. Wie der Initiator der Aktion, Heinz Ludwig sagte, ist er dazu u. a. durch Veröffentlichung der offiziell gemeldeten Abtreibungszahlen im Wochenmagazin IDEA inspiriert worden. Es gehe darum, das mit Abtreibung „verbundene Unrecht ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen“. Die Mitarbeiter, die den Stand betreut hätten, berichteten von ermutigenden, aber auch ablehnenden Reaktionen. Das zeige, „dass wir mit dem Thema einen Nerv der Gesellschaft getroffen haben“. „Treffpunkt Leben“ gehört zur „Volksmission entschiedener Christen“, die Mitglied im Bund Freikirchlicher Pfingstgemeinden (BFP) ist.

2020 wurden 99.948 ungeborene Kinder abgetrieben

(IDEA) Das sind etwas weniger als 2019 (100.893). 2018 waren es 100.986 Abtreibungen, davor 101.209 (2017), 98.721 (2016), 99.237 (2015).

96% der gemeldeten Abtreibungen erfolgten aus sozialen Gründen und wurden nach einer Beratung vorgenommen, die in Deutschland vor einer Abtreibung gemäß Paragraph 218 Strafgesetzbuch zwingend vorgeschrieben ist. Frauen erhalten danach einen Beratungsschein, der Voraussetzung für eine rechtswidrige, aber in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffreie Abtreibung ist.

4% Prozent der Abtreibungen erfolgten nach medizinischer und kriminologischer Indikation. Die Abtreibungen erfolgten überwiegend ambulant – rund 81% in gynäkologischen Praxen und 16% im Krankenhaus.

Gender-Ideologie

Transsexuellengesetz der Bundesregierung ist gestoppt!

Hedwig von Beverfoerde (zusammenfassend gekürzt)

Justizministerium (SPD) und Innenministerium (CSU) haben einen Gesetzentwurf erarbeitet, der die Gender-Ideologie auf die Spitze treibt, biologische Fakten abräumt und das Elternrecht mit Füßen tritt.

Mit dem „Geschlechtseintragsänderungsgesetz“ wollte die Bundesregierung jeder Person ab 14 Jahren das Recht geben, ihr Geschlecht unabhängig von körperlichen Merkmalen selbst zu definieren, indem sie bei Gericht die Änderung des eigenen Geschlechtseintrages beantragt – auch gegen den Willen der Eltern und ohne medizinische Diagnose. Gerät ein Kind etwa durch das Internet oder die schulische

Sexualerziehung unter den Einfluss von Transgender-Aktivist*innen, könnten die Eltern rechtlich die Änderung des Geschlechtseintrages nicht verhindern.

Sollte es gelingen, „Kinderrechte“ im Grundgesetz das Elternrecht auszuhebelnd zu verankern, könnte ein Gericht gegen den Willen der Eltern entscheiden und eine Änderung des Geschlechtseintrages mit einem Recht des Kindes auf „sexuelle Selbstbestimmung“ oder „geschlechtliche Identität“ begründen.

Nun hat die SPD-Bundestagsfraktion die Verhandlungen mit der Union über die Reform des Transsexuellengesetzes abgebrochen. Erst „mit neuen politischen Partnern“ wolle die SPD die Arbeit wieder aufnehmen.

Die Petition der „DemoFürAlle“ an Justizministerin Lambrecht und Innenminister Seehofer ergab mit fast 25.000 Unterschriften eine große Protestwelle gegen den Trans-Gesetzentwurf. Dies beweist wie wichtig es ist, bei Angriffen auf Ehe, Familie und Kinder frühzeitig dagegen zu halten. Wir wissen aber, dass das Thema in der nächsten Legislaturperiode auf die Tagesordnung zurückkehren kann.

Warum gendert IDEA nicht? (IDEA-Redaktionsleiterin Daniela Städter)

Gegendert wird heute in vielen Formen: Da werden aus Schülern nun Schülerinnen und Schüler, Schüler*innen, Schüler:innen, SchülerInnen oder Schüler_innen. Auch landeskirchliche Leiter nutzen das Gendersternchen, ebenso die CVJM-Hochschule, die z. B. „Jugendleiter*innen“ schreibt.

Die IDEA-Redaktion gendert nicht:

1. Gendern kostet Platz und macht Texte unleserlich. Wir wollen möglichst viel auf knappem Raum unterbringen.
2. Dem Bundesgerichtshof zufolge sind mit „der Kunde“ Menschen beiderlei Geschlechts angesprochen. Das „generische Maskulinum“ (Wort mit geschlechtsneutraler Bedeutung) ist in unserer grammatischen Struktur verankert.
3. Es ist nicht zu Ende gedacht: Aus Bürgermeister*innen nun Bürgermeister*innen zu machen, ist inkonsequent. Dann müsste es Bürger*innenmeister*innen heißen. Wer A sagt, muss auch B sagen.
4. Es widerspricht privaten Erfahrungen: Haben Sie schon mal in vertrauter Runde Menschen von „Politiker (kunstvolle Sprechpause)*innen“ reden hören?
5. Wir wollen IDEA-Leser nicht erziehen.
6. Gendersternchen ändern an bestehenden Ungerechtigkeiten (Frauen verdienen weniger als Männer) nichts. Der PR-Berater Thomas Nötting ist überzeugt: „Gendern ist sprachliches Gesinnungs-Posing ohne jeden Effekt. Menschen bestätigen sich in ihrem Schreiben darin, auf der richtigen Seite zu stehen.“

Selbstverständlich ist die Frage des Genderns keine Heilsfrage. Gastautoren können in IDEA z. B. von „Patientinnen und Patienten“ schreiben. Beim Gendersternchen und Gender-Doppelpunkt ziehen wir eine Grenze: Das gibt es auch in Texten von Fremdautoren nicht. Denn das soll „die Vielfalt der Geschlechter“ (genderleicht.de) und „weitere Geschlechtsidentitäten“ (wikipedia.de) sichtbar machen. Doch in der Bibel und auch der Glaubensbasis der Deutschen Ev. Allianz heißt es: „Der Mensch ist als Mann und Frau geschaffen.“

Umfrage: Zwei-Drittel-Mehrheit lehnt Gendersprache ab

(IDEA) Fast zwei Drittel der Deutschen (65%) lehnen die Gendersprache ab. Das ergab eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest Dimap im Auftrag der Wochenzeitung „Welt am Sonntag“.

Die Befragten sprachen sich gegen Formulierungen wie „Zuhörende“ statt „Zuhörer“ und die Nutzung des großen Binnen-I oder des Gendersternchens in der Schriftsprache ebenso aus wie gegen eine Kunstpause vor der zweiten Worthälfte in der gesprochenen Sprache.

Die Ablehnung habe zugenommen: Im Jahr 2020 seien 56% der Befragten gegen die „geschlechtergerechte Sprache“ gewesen. Bei den befragten Frauen sei die Ablehnung von 52 auf 59% gestiegen. Nach der aktuellen Umfrage überwiegen selbst bei den Anhängern der Grünen die Vorbehalte gegen die Gendersprache: 48% von ihnen sprachen sich dagegen aus, dafür 47%. Bei den Anhängern anderer Parteien sind gegen die Verwendung der Gendersprache die Wähler der FDP (77%), der Linken (72%), der CDU/CSU (68%) und der SPD (57%).

Hamburger CDU gegen Gendersprache in staatlichen Institutionen

(IDEA) Der CDU-Landesverband Hamburg will die Gendersprache in staatlichen Institutionen verbieten lassen. Auch dürfe es keine Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen geben, die keine geschlechtergerechte Sprache verwenden möchten.

Frankreich: Bildungsminister verbietet Gendern an Schulen

(IDEA) Der französische Bildungsminister Jean-Michel Blanquer (La République en Marche) hat die Nutzung der geschlechtergerechten Schriftsprache an französischen Schulen sowie in seinem Ministerium verboten. Allerdings sollen Berufe und andere Funktionen, wenn sie von Frauen ausgeübt werden, künftig explizit in der weiblichen Form genannt werden.

Wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) berichtete, begründet Blanquer diesen Schritt damit, dass die „inklusive“ Schrift nicht mit den in den Lehrplänen vereinbarten Regeln übereinstimme. Vor dem Bildungsausschuss der Nationalversammlung verteidigte der Minister seinen Erlass. Die Pünktchenwörter zur Umsetzung der geschlechtergerechten Sprache seien zu komplex und behinderten damit das Lesen und Erlernen der französischen Sprache.

Vor allem Schüler mit einer Lese-Rechtschreib-Schwäche hätten damit Schwierigkeiten. Im Französischen werden Begriffe mithilfe von zwei Punkten zwischen der männlichen Form und dem „s“, das den Plural anzeigt, in eine geschlechtergerechte Form gebracht, beispielsweise bei „citoyen.ne.s“ (Bürger*innen). Der frühere Premierminister Édouard Philippe (parteilos) hatte seine Beamten bereits 2017 angewiesen, die „inklusive Sprache“ nicht zu benutzen. Auch die renommierte „Académie française“ (Paris) lehnt sie ab.

Integration von Muslimen

Was den politischen Islam so gefährlich macht

(IDEA) Der politische Islam stellt in Europa eine größere Bedrohung dar als der militante Islamismus (Dschihadismus). Der politische Islam sei gefährlicher, weil er „ein Projekt der langfristigen gesellschaftlichen Umgestaltung verfolgt“, sagte der Programmdirektor für Extremismusforschung an der George-Washington-Universität in Washington, Lorenzo Vidino in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung. Zwar seien Dschihadisten in allen Ländern Europas eine Bedrohung, aber es sei eine andere Art von Problem, „wenn hochgradig organisierte und gut finanzierte Gruppen in den muslimischen Gemeinschaften eine Botschaft aussenden“. Sie laufe immer auf Folgendes hinaus: „Wir sind anders, wir gehören nicht wirklich in diese Gesellschaft, wir haben andere Werte.“ Diese Botschaft sei hochgradig spaltend.

Hinzu komme ein „Opfernarrativ“, das einen fruchtbaren Boden schaffe, um Muslime für radikale, militante Gruppen zu rekrutieren. Es laute im Kern so: „Der Westen befindet sich in einem Krieg mit dem Islam, es gibt eine riesige Verschwörung westlicher politischer Führer und westlicher Gesellschaft gegen ihn.“ Auf diese Weise könne ein von Testosteron getriebener 16-Jähriger leicht für dschihadistische Ideen und Aktionen gewonnen werden.

Als Beispiele für Gruppierungen des politischen Islams nennt Vidino die „Deutsche Muslimische Gemeinschaft“ und die „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“. Beide Organisationen kämen auch in den Berichten des Verfassungsschutzes vor. Die Vertreter des politischen Islams seien „sehr clever“. Sie beherrschten „die Sprache der Islamophobie und der postkolonialen Theorie und werfen einem bei Kritik schnell vor, man sei rassistisch oder islamophob“. Sie verstünden es sehr gut, für moderat gehalten zu werden. Tatsächlich seien sie auch etwas moderater als etwa Salafisten, aber sie seien deutlich konservativer oder extremistischer als die schweigende Mehrheit der Muslime in Europa.

Literaturhinweis

IDEA ist eine unabhängige evangelische Nachrichtenagentur, die dazu beitragen möchte, engagierte Christen über Ereignisse und Entwicklungen in der christlichen Welt zu informieren, die für ihr Christsein bedeutsam sind und möchte dabei auch eine Brücke bauen zwischen Christen verschiedener Prägungen.

Das Nachrichtenmagazin *ideaSpektrum* erscheint wöchentlich (48 Hefte im Jahr) und liefert aktuelle Informationen, Reportagen und Hintergrundberichte. *ideaSpektrum* wird auf dem Postweg zugestellt und kostet **monatlich (inkl. Versandkosten innerhalb Deutschlands)**:

€ 10,45 im **Heft-Abo** (gedruckte Ausgabe)

€ 7,50 im **Digital-Abo** (E-Paper, App für Tablet-PC und Smartphone)

€ 11,45 im **AboPlus** (Heft und digitale Ausgabe)

Ermäßigte Preise für Schüler, Studenten usw. auf Anfrage

Sie können *ideaSpektrum kostenlos drei Wochen* gratis testen.

Informationen und Bestellungen sind telefonisch oder per E-Mail/Internet möglich:

(06441) 915 – 0 / aboservice@idea.de / www.idea.de

IDEA wurde 1970 als Informationsdienst der Evangelischen Allianz gegründet. Anlass war Unzufriedenheit mit dem Evangelischen Pressedienst (epd), dem Hauptpublikationsorgan der Evangelischen Kirche in Deutschland. Konservative Anliegen waren dort unterrepräsentiert und teilweise polemisch verzerrt.

IDEA publiziert Nachrichten und Meinungen vor allem aus der evangelischen Welt. Sie gibt neben *ideaSpektrum* den *ideaPressedienst* heraus und ist sowohl im Internet als auch im Fernsehen tätig.

IDEA finanziert sich vor allem durch Abonnements, Anzeigen in *ideaSpektrum* und im Internet sowie durch Spenden. IDEA-Leiter ist Matthias Pankau. Die IDEA-Gruppe hat rund 50 Mitarbeiter und verantwortet auch den Kongress Christlicher Führungskräfte (KCF) und die Medienagentur „zeichensetzen“.

Bleiben Sie gesund!

Abs. Lebendige Gemeinde München e.V.
p.a. Pfr. Dieter Kuller
Grünwalder Str. 103 c, 81547 München
www.lgm-info.de

Wir danken den Lesern und Leserinnen, die mit ihren Spenden z.T. seit vielen Jahren die Herausgabe des InfoBriefes ermöglichen, und damit einen für Viele wichtigen Dienst in unserer Kirche unterstützen.

Deutsche Post

Anrede
 Titel
 Vorname, Name
 Straße
 PLZ Ort

In eigener Sache

Wofür wir arbeiten:

Die „Lebendige Gemeinde“ wendet sich an evangelische Christen, die sich nach wie vor an das biblische Zeugnis im reformatorischen Verständnis gebunden wissen. Sie will die Meinungsbildung fördern, den Mut zur Verantwortung stärken und der Resignation entgegenwirken.

Die „Lebendige Gemeinde“ will dazu beitragen, dass Jesus Christus die alleinige Mitte der Kirche bleibt.

Sie tritt ein für:

- eine Rückbesinnung auf die biblische Heilsbotschaft von Kreuz und Auferstehung

Sie wehrt daher:

- der Reduzierung und Umdeutung der biblischen Botschaft
- einem uferlosen Pluralismus im kirchlichen Bereich
- der Vermischung von Bekenntnisaussagen mit wechselnden Ansichten moderner Zeitströmungen

Impressum

Die Informationsbriefe werden von der als gemeinnützig anerkannten LEBENDIGE GEMEINDE MÜNCHEN e.V. herausgegeben.

ViSdP Pfr. Dieter Kuller, Grünwalder Str. 103 c, 81547 München, Tel. 089/591029, Fax 089/45 24 06 84; eMail: lgm-mail@gmx.de; Internet: www.lgm-info.de

Unsere Bankverbindung: Evangelische Bank eG BIC: GENODEF1EK1, IBAN: DE93520604100003403904 (Überweisungsträger in der Mitte des Heftes).

Bis € 200 genügt der Überweisungsbeleg/Zahlschein als steuerlich absetzbare Zuwendungsbestätigung; ab € 100 erhalten Sie bei Angabe Ihrer vollständigen Anschrift unaufgefordert eine gesonderte Zuwendungsbestätigung.

Druck: Die Ausdrucker UG, München, Internet: www.dieausdrucker.de

Der InfoBrief kann bei Pfarrer Dieter Kuller kostenlos nachbestellt werden.